



Frank Geemann:

Zur Integrationsforschung in Deutschland Komparative Darstellung ausgewählter Ansätze und Methoden

Zur Integrationsforschung in Deutschland

Komparative Darstellung
ausgewählter Ansätze und
Methoden

Frank Gesemann

Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Politische Akademie

Berliner Akademiegespräche / Interkultureller Dialog

Der Autor:

Frank Gesemann, geb. 1959 in Herford/
Westfalen, Dr. phil., Diplom-Politologe, ist
Leiter des Büros M & S – Migration und
Stadtentwicklung und Geschäftsführer des
Instituts für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration (DESI) in Berlin.

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
*Berliner Akademiegespräche/
Interkultureller Dialog*
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Tel.: +49-(0)30 / 269 35 - 7145
Fax: +49-(0)30 / 269 35 - 9245
E-Mail: ikd@fes.de
www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche

Redaktion:

Johannes Kandel

Gestaltung:

Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

Titelfoto:

PhotoAlto

Druck:

bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86872-599-5

Printed in Germany 2010

Inhalt

Vorwort	4
Einleitung	5
Ungenutzte Potenziale	7
Migrantenmilieus	10
Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung	15
Die Integration von Muslimen in Deutschland	17
Zahl und Struktur der Muslime	18
Religiosität, religiöse Praxis und interreligiöse Offenheit	19
Soziale Integration und problematische Einstellungsmuster	20
Politische Partizipation	20
Versuch eines Resümees und offene Forschungsfragen	21
Kommunale Integrationspolitik – Konzepte und Perspektiven	22
Integration vor Ort	22
Kommunale Integrationspolitik	23
Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte	24
Erfolgsbedingungen kommunaler Integrationspolitik	25
Resümee und offene Forschungsfragen	26
Perspektiven	27
Literatur	28

Im Zentrum der Tagung „Integrationsforschung – Ansätze und Perspektiven“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 21. April 2010 in Berlin standen ausgewählte Akteure und Studien aus der aktuellen Integrationsforschung. Den Untersuchungen, die auf der Tagung vorgestellt und diskutiert wurden, ist vor allem gemeinsam, dass sie eine relativ hohe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren haben. Zum Teil haben sie allerdings auch für Kontroversen gesorgt. Da die Konjunkturen der medialen Aufmerksamkeitswellen in der Regel sehr kurzlebig sind, soll in diesem Bericht versucht werden, eine vergleichende Bilanz der verschiedenen Ansätze und Methoden zu ziehen, aber auch den Stand der Forschung kurz zu bilanzieren. In einem knappen Überblick sollen die Ziele, Ansätze und Ergebnisse der Studien vorgestellt und verglichen werden. Gefragt werden soll vor allem, worin der konkrete Erkenntnisgewinn besteht, wie tragfähig die Ergebnisse der Studien sind und welche Impulse von ihnen für die integrationspolitische Praxis ausgehen können.

Der Bericht gliedert sich in sechs Teile. Im Anschluss an die Einleitung werden (1) die Studie „Ungenutzte Potenziale“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und (2) die Studie „Migranten-Milieus“ von Sinus Sociovision vorgestellt. Es folgt (3) ein Abschnitt zum Thema „Diskriminierung und Ausgrenzung“, der vor allem auf Ergebnisse einer Langzeituntersuchung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an der Universität Bielefeld und Veröffentlichungen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte zurückgreift. Im anschließenden Abschnitt werden (4) Ergebnisse aktueller Studien zu Muslimen in Deutschland präsentiert und diskutiert. Der Stellenwert und die Rolle der kommunalen Integrationspolitik stehen (5) im Mittelpunkt des nachfolgenden Abschnitts. Ein kurzes Resümee beschließt den Bericht. Insgesamt beansprucht der Bericht nicht, den Forschungsstand umfassend darzustellen, sondern nur den Erkenntnisgewinn und den Nutzen ausgewählter Studien im Kontext der Forschung zu diskutieren und offene Fragen aufzuzeigen.

Mit der Entwicklung Deutschlands zu einem der bedeutendsten Einwanderungsländer, dem zunehmenden und tief greifenden Wandel der Bevölkerungsstruktur sowie der Aufwertung der Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen im vergangenen Jahrzehnt sind Fragen von Migration und Integration auch hierzulande zu einem wichtigen Forschungsthema geworden. Die gesellschaftspolitische Relevanz des Themas, soziale Spannungen und ein steigender Problemdruck haben insbesondere seit 1989 zu einem deutlichen Anwachsen einer inzwischen kaum noch überschaubaren Forschungslandschaft geführt. Vielerorts entstanden einschlägige Projekte, Forschungsschwerpunkte und spezielle Institute, so dass inzwischen von einer weitgehenden Institutionalisierung einer allgemeinen Migrationsforschung gesprochen werden kann.¹

Die öffentliche und politische Diskussion über Fragen von Migration und Integration ist in Deutschland, wie zuletzt die Sarrazin-Debatte wieder eindrucksvoll gezeigt hat, oft von „Schreckbildern“ und „Bedrohungsszenarien“ (Klaus J. Bade) geprägt. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei Vorfälle und Entwicklungen, die als Angst einflößende Anzeichen für die Ausbildung von Parallelgesellschaften in deutschen Städten gesehen werden. Dies gilt zum Beispiel für Berichte über jugendliche Mehrfachstraftäter mit Migrationshintergrund, Brandbriefe von Lehrerkollegien an Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern und Schülerinnen mit Migrationshintergrund sowie alarmierende Meldungen über die Ausbreitung von Zwangsheiraten und Ehrenmorden oder den islamistischen Terrorismus.

Hierzu trägt nicht selten – und zumeist ungewollt – auch eine Integrationsforschung bei, die sich mehr auf Konflikte und Desintegration als auf Prozesse und Ressourcen gelingender Integration von Zugewanderten bezieht (vgl. Bade 2007a: 24).

In seiner Abschiedsvorlesung „Levitin lesen: Migration und Integration in Deutschland“ hat Klaus J. Bade, Initiator und Gründungsdirektor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück, auf die „unauffälligen Normallagen der Integration“ verwiesen und die „negative Emotionalisierung der Integrationsdiskussion“ beklagt, sich zugleich aber gegen „euphemistische Verharmlosungen und harmonistisches Schönreden“ gewandt. Ein „nüchterner Blick auf die Wirklichkeit“ zeige, dass „der deutsche Weg in die Einwanderungsgesellschaft insgesamt nach wie vor ein pragmatischer Erfolgsfall“ sei, der einem Vergleich mit anderen europäischen Einwanderungsländern standhalten könne – und das „trotz lange fehlender Integrationskonzepte auf der deutschen Seite, trotz mancherlei Verzögerungen im Integrationsprozess bei der Zuwandererbevölkerung und trotz ebenso unübersehbarer sozialer Brennpunkte“ (ebd.: 44; siehe auch Bade 2007b: 22).

Die Studien, die auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Hinblick auf ihren langfristigen Ertrag befragt und diskutiert wurden, repräsentieren eine große Breite von Ansätzen, Methoden und Forschungsdesigns. Zu den Autoren und Herausgebern gehören unabhängige Wissenschaftler an der Universität Hamburg, wissenschaftliche Mitarbeiter und

1 Vgl. Kalter (2008); Bommes (2010) bietet eine umfassende Bilanz zur Entwicklung der Migrationsforschung in Deutschland.

Mitarbeiterinnen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg, ein interdisziplinär ausgerichtetes Institut an der Universität Bielefeld (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung), ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut (Berlin-Institut für Bevölkerung und

Entwicklung) sowie ein Markt- und Sozialforschungsunternehmen aus Heidelberg (Sinus Sociovision GmbH). Gemeinsam ist den vorgelegten Studien ein zumeist analytischer, nüchterner Blick auf komplexe Lagen und Prozesse, der zu einer Versachlichung der Integrationsdebatte beiträgt.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung¹ hat Anfang 2009 die Studie „Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland“ veröffentlicht. Zentrales Ziel des Reports war es, einen Beitrag zu einer „nüchternen Integrationsdebatte“ und einer „vorurteilsfreien Diskussion“ über Integrationsprobleme zu leisten: „Pauschal über die Integrationsprobleme ‚der Ausländer‘ zu sprechen, führt nicht weiter, eine differenzierende Betrachtung der Migranten ist notwendig. Die Frage der vorliegenden Untersuchung lautet daher: Welche Gruppen von Zugewanderten sind wo, in welchem Ausmaß und auf welche Weise integriert, und warum ist das so?“ Die Identifikation „besonders problematischer Gruppen“ ziele keineswegs darauf ab, „jene bloßzustellen, die schlecht integriert sind“, sondern solle vielmehr „spezifische Mängel [...] beschreiben, damit gerade denen Hilfe zukommt, deren Hilfe als verfahren erscheint“. Dabei stehe auch „die deutsche Mehrheitsgesellschaft in der Pflicht, allen Migranten die Integration zu erleichtern“ (Klingholz 2009: 5).

Die Studie des Berlin-Instituts zeichnet – auf der Grundlage einer eigenen Auswertung von Daten des Mikrozensus zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund – ein sehr differenziertes Bild der Integration

von Zugewanderten in Deutschland. Mit dem „Index zur Messung von Integration“, der aus 15 Indikatoren in den Bereichen Assimilation, Bildung, Erwerbsleben und finanzielle Absicherung sowie fünf dynamischen Indikatoren zur Messung von Fortschritten in der zweiten Generation besteht,² wird in anregender, wenn auch nicht unumstrittener Weise versucht, den Stand und die Dynamik von Integrationsprozessen verschiedener Gruppen von Migranten³ zu erfassen und dabei nicht nur Probleme, sondern auch Ressourcen in den Blick zu nehmen. Zusätzlich zur Auswertung nach „Herkunftsgruppen“ wurden die „Integrationserfolge“ der Zugewanderten nach Bundesländern und größeren Städten differenziert, um „mehr über den Einfluss von regionalen Rahmenbedingungen auf die Integration“ zu erfahren (Woellert et al. 2009: 6).

Die Publikation des Berlin-Instituts hat nicht nur viel öffentliches Aufsehen erregt, sondern auch einige sehr kritische Kommentare ausgelöst.⁴ Die Kritik konzentrierte sich vor allem auf die statistische Konstruktion von Herkunftsgruppen, das Verfahren zur Messung von Integrationserfolgen sowie die Bewertung und Interpretation der Ergebnisse. Als Kernproblem der Studie erscheint hierbei die Verknüpfung einer differenzierten Lagebeschreibung zur

1 Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die sich mit Fragen weltweiter demografischer Entwicklungen beschäftigt. Die Arbeit des Institutes soll dazu beitragen, „die Folgen dieses Wandels im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu bewältigen. Das Institut konzentriert sich darauf, wissenschaftliche Erkenntnisse aufzubereiten und zu verbreiten sowie Konzepte zur Lösung demografischer Probleme zu erarbeiten“ (<http://www.berlin-institut.org/ueber-uns.html>).

2 Die 15 Indikatoren sind den Bereichen Assimilation (Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, bikulturelle Ehen), Bildung (Personen ohne Bildungsabschluss, Schüler der gymnasialen Oberschule, Personen mit [Fach-]Hochschulreife, Akademiker), Erwerbsleben (Erwerbslosenquote, Erwerbspersonen, Jugenderwerbslosenquote, Hausfrauenquote, Selbstständige, Beschäftigte im öffentlichen Dienst) und Absicherung (Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen, Individualeinkommen) zugeordnet. Fünf der genannten Indikatoren werden zudem für einen dynamischen Vergleich verwendet, um Veränderungen zwischen den Lebenslagen von Zugewanderten im Vergleich zu ihren in Deutschland geborenen Kindern anzuzeigen (Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, bikulturelle Ehen, Personen mit [Fach-]Hochschulreife, Erwerbslosenquote, Abhängigkeit von öffentlichen Leistungen).

3 In der Studie werden die Daten des Mikrozensus für acht verschiedene Herkunftsgruppen (Aussiedler, Türkei, weitere Länder der EU-25, Südeuropa, ehemaliges Jugoslawien, Ferner Osten, Naher Osten, Afrika) ausgewertet.

4 Siehe zum Beispiel eine Expertise der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) der Universität zu Köln, die von der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) veröffentlicht wurde (vgl. Bukow/Behrens 2009).

Integration von Zuwanderern mit einer verkürzten Analyse eines komplexen Ursachenbündels unterschiedlicher Verläufe von Integrationsprozessen, die aus dem statistischen Material selbst nicht überzeugend abgeleitet werden können. Mangelnde Integrationserfolge werden in dieser Perspektive tendenziell den vermeintlichen kollektiven Merkmalen und Handlungsstrategien der jeweiligen Gruppe und weniger den spezifischen Migrationsmustern, gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, individuellen Faktoren wie Bildungsniveau und Rechtsstatus oder spezifischen Integrations- und Ausgrenzungsmustern zugeschrieben. Zu fragen ist daher, ob eine solche Vorgehensweise nicht interne Differenzierungsprozesse von Migrantengruppen vernachlässigt und tendenziell einer Abwertung von ganzen Bevölkerungsgruppen Vorschub leistet.

Um die Möglichkeit von Fehlschlüssen, die Integrationsdefizite einseitig auf den Migrationshintergrund zurückführen, zu vermeiden, verzichtet beispielsweise der erste Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung auf eine Aufschlüsselung von Integrationserfolgen nach Herkunftsländern oder -regionen (vgl. ISG/WZB 2009). Thematisiert werden in diesem Zusammenhang vor allem Risiken der Ethnisierung von sozialen Problemen und sozialen Identitäten, der Stigmatisierung von Gruppen und der ethnischen Mobilisierung sowohl durch rechtspopulistische Parteien als auch durch Migrantengruppenorganisationen. Zugleich wird die Gefahr gesehen, dass real existierende Bedarfe und Probleme nicht sichtbar oder unterschätzt werden könnten, wenn das Monitoring die Integrationsdefizite, die kausal mit dem Migrationshintergrund zusammenhängen, nicht anzeigt. Eine differenzierte Abwägung von Chancen und Risiken verschiedener Herangehensweisen sowie möglicher Kompromisslösungen steht bislang noch aus (vgl. Koopmans 2010).

Wenig strittig ist hierbei in der migrationssoziologischen Forschung der Befund, dass vor allem

Migranten aus der Türkei sich in sozialstruktureller Hinsicht deutlich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Die Ergebnisse des Zentrums für Türkeistudien aus seiner zehnjährigen Forschung zur Entwicklung der Lebenssituation der türkeistämmigen Einwanderer in Nordrhein-Westfalen zeigen beispielsweise, dass in dieser Bevölkerungsgruppe nur „sehr langsame Fortschritte“ im Integrationsprozess zu verzeichnen sind – bei allerdings deutlichen und zunehmenden Unterschieden sowohl zwischen den Generationen als auch innerhalb der Nachfolgenerationen.⁵ Die Studie des Zentrums für Türkeistudien bleibt allerdings – wie auch die des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung – sehr deskriptiv und bietet kaum Erklärungsansätze für die beschriebenen Entwicklungen an. Der Umstand, dass sich Erfolge der sprachlichen und sozialen Integration für die Migranten nicht in entsprechenden sozialen Platzierungen niederschlagen, wird hierbei als „strukturelle Exklusion“ bzw. als „eigentliches Integrationsproblem“ gedeutet (Sauer/Halm 2009: 121). Es erscheint jedoch fraglich, ob eine derartige monokausale Erklärung empirisch hinreichend abgesichert ist.

Ein vergleichsweise niedriges Integrationsniveau der türkischen Bevölkerung zeigt sich auch bei den Ergebnissen der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag des Bundesministeriums des Innern durchgeführt wurde.⁶ In der Studie wird zur Erklärung dieses Phänomens vor allem auf Spätfolgen der Zuwanderungsgeschichte (Anwerbung von Personen mit relativ niedrigem Qualifikationsprofil), die Fortschreibung von Defiziten im Vergleich mit anderen Migrantengruppen – trotz deutlicher Fortschritte im Generationenvergleich – sowie eine ausgeprägte Binnendifferenzierung in der türkischen Bevölkerungsgruppe (insbesondere zwischen Angehörigen der „nachgeholten“ Generation und den bereits in Deutschland geborenen Personen) hingewiesen

5 Bemerkenswert ist allerdings, dass die Fortschritte in den Bereichen gesellschaftliche und identifikative Integration in den letzten Jahren stärker ausgeprägt sind als in den Bereichen sprachliche/kulturelle und strukturelle Integration.

6 Bei dieser Studie handelt es sich um eine Befragung nach dem sogenannten Ausländerkonzept. Hiermit ist eine Unterschätzung von Integrationsfortschritten verbunden, da eingebürgerte Personen, die eine bessere Integrationsbilanz als nichtdeutsche Personen aufweisen, in der Studie nicht berücksichtigt wurden.

(Babka von Gostomski 2010: 219 ff.). Notwendig seien vor allem weitere Investitionen im Bildungsbereich, um mehr jungen türkischen Migrantinnen und Migranten das Erreichen eines Realschulabschlusses oder der (Fach-)Hochschulreife zu ermöglichen.

Sowohl die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung als auch die Veröffentlichungen des Zentrums für Türkeistudien werfen die Frage auf, inwieweit eine Analyse der Integrationserfolge von Migranten aufgrund ihrer Herkunft als zentraler Unterscheidungsdimension für die Entwicklung einer differenzierten Integrationspolitik noch von Nutzen ist. Dabei dürfte unstrittig sein, dass sie bessere Anknüpfungspunkte für gezielte

Integrationsmaßnahmen bietet als Integrationskonzepte, die sich nur sehr allgemein auf Ausländerinnen und Ausländer oder neuerdings Personen mit Migrationshintergrund beziehen, ohne dabei die spezifischen Potenziale und Bedarfe verschiedener Zuwanderergruppen in den Blick zu nehmen. Zugleich besteht allerdings die Gefahr, dass mit dem Festhalten an Herkunftsgruppen die in allen Zuwanderergruppen zu beobachtenden internen Differenzierungsprozesse vernachlässigt werden. Vor diesem Hintergrund erscheinen insbesondere mehrdimensionale und auf lokale Bedingungen bezogene Milieuansätze als ein besonders geeignetes Instrument zur Beschreibung sozialer Prozesse, zumal diese die Lebenswelten und Wertvorstellungen der Migranten selbst mit einbeziehen.⁷

⁷ Interessanterweise findet sich diese Einschätzung an einer Stelle auch in der Berlin-Institut-Studie, obwohl ansonsten immer auf Herkunftsgruppen Bezug genommen wird: „Das wichtigste Ergebnis der vorliegenden Studie ist somit folgendes: Nicht die ethnische Herkunft bestimmt vorrangig die Qualität der Integration. Vielmehr existieren Faktoren des Scheiterns, die in sozialen Milieus begründet sind und unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Gruppen haben“ (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 81).

In der Studie „Migranten-Milieus“ des Heidelberger Markt- und Sozialforschungsunternehmens Sinus Sociovision werden zum ersten Mal die Lebenswelten und Lebensstile von Menschen mit Migrationshintergrund, so wie sie sich in Deutschland ausgeprägt haben, mit dem Ansatz der Sinus-Milieus untersucht. Der Sinus-Milieu-Ansatz basiert auf den Ergebnissen von drei Jahrzehnten sozialwissenschaftlicher Forschung und orientiert sich an der Lebensweltanalyse moderner Gesellschaften. Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln, werden einem Milieu zugeordnet. In die Analyse gehen grundlegende Wertorientierungen ebenso ein wie Alltagseinstellungen – zur Arbeit, zur Familie, zur Freizeit, zu Medien, zu Geld und Konsum. Die Sinus-Milieus „rücken den Menschen und seine Lebenswelt ganzheitlich ins Blickfeld“ und erheben den Anspruch, „den Anwendern in Politik und Marketing mehr strategische Informationen und bessere Entscheidungshilfen als herkömmliche Zielgruppenansätze“ zu bieten (Sinus Sociovision 2008: 5).⁸

Die Sinus-Studie basiert auf einer Kombination qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden, was fundierte Aussagen sowohl zur Struktur als auch zur Verbreitung der Migrantenmilieus ermöglicht. Im Rahmen einer qualitativen Vorstudie wurden im Jahr 2007 mehrstündige Einzelgespräche (narrative Lebensweltexplorationen) mit mehr als 100 Migrantinnen und Migranten durchgeführt. Im Mittelpunkt standen die persönlichen Sichtweisen, Motive und Erfahrungen der Befragten. Die Gespräche wurden nicht auf der Grundlage schematischer Frage-Antwort-Kataloge durchgeführt, sondern setzten auf einen freien Erzählmodus, der den Befragten Spiel-

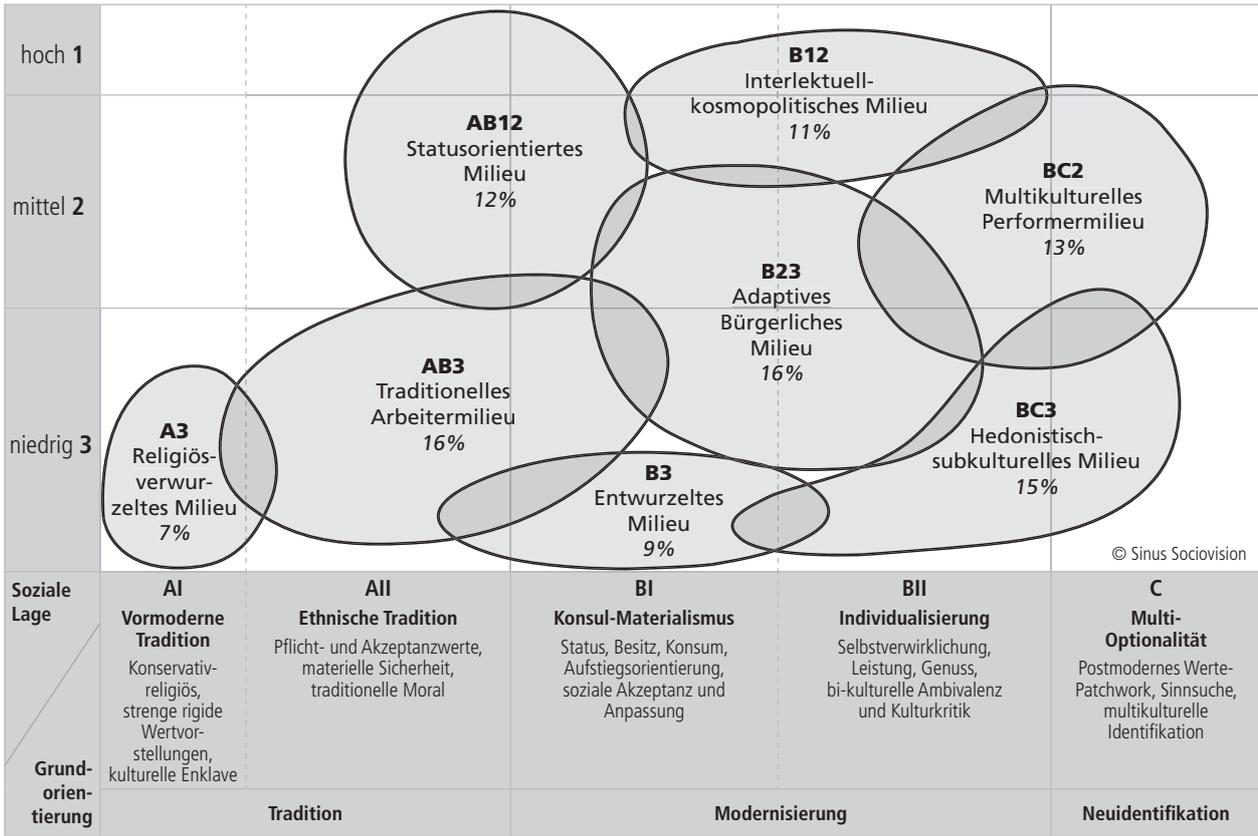
raum für eine individuelle Selbstdarstellung und Schwerpunktsetzung ließ. Die Vorstudie wurde im Jahr 2008 durch eine quantitative Hauptstudie ergänzt, die der Überprüfung des entwickelten Milieumodells diente. Die Stichprobe der Hauptstudie umfasst insgesamt 2.072 Personen. Die Daten der Studie beanspruchen Repräsentativität für die Gruppe der dauerhaft in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund im Alter von über 14 Jahren.⁹

Die Sinus-Studie zeigt, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland keine soziokulturell homogene Gruppe bilden, sondern – wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft ausgeprägt haben. In der Sinus-Studie werden acht unterschiedliche Migrantenmilieus mit jeweils sehr unterschiedlichen Lebenszielen, Wertebildern, Lebensweisen und Integrationsniveaus identifiziert und beschrieben. Zu den grundlegenden Elementen des Milieuansatzes gehört, dass es zwischen den Milieus Berührungspunkte und Übergänge gibt, da sich Lebenswelten nicht so scheinbar exakt voneinander abgrenzen lassen wie soziale Schichten. Sinus Sociovision (2008: 5) bezeichnet das als „Unschärferelation der Alltagswirklichkeit“. Die Position der Migrantenmilieus in der deutschen Gesellschaft nach Grundorientierung und sozialer Lage veranschaulicht das folgende Schaubild: Je höher ein Milieu in diesem Schaubild angesiedelt ist, desto gehobener sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe; je weiter rechts es positioniert ist, desto „moderner“ ist die Grundorientierung.

8 Zu den Ergebnissen der Sinus-Studie siehe insbesondere die differenzierte Darstellung in Beck (2009).

9 Zur Methodik der Studie siehe den Anhang in Beck (2009: 81 ff.).

Schaubild 1: Die Sinus-Migrantenmilieus in Deutschland 2008



Kurzcharakteristik

Bürgerliche Migranten-Milieus

- Sinus B23 (16%)
Adaptives Bürgerliches Milieu
▶ Die pragmatische moderne Mitte der Migrantenpopulation, die nach sozialer Integration und einem harmonischen Leben in gesicherten Verhältnissen strebt
- Sinus AB12 (12%)
Statusorientiertes Milieu
▶ Klassisches Aufsteiger-Milieu, das durch Leistung und Zielstrebigkeit materiellen Wohlstand und soziale Anerkennung erreichen will

Amtionierte Migranten-Milieus

- Sinus BC2 (13%)
Multikulturelles Performermilieu
▶ Junges, leistungsorientiertes Milieu mit bi-kulturellem Selbstverständnis, das sich mit dem westlichen Lebensstil identifiziert und nach beruflichem Erfolg und intensivem Leben strebt
- Sinus B12 (11%)
Interlektuell-kosmopolitisches Milieu
▶ Aufgeklärtes, global denkendes Bildungsmilieu mit einer weltoffenen, multikulturellen Grundhaltung und vielfältigen intellektuellen Interessen

Traditionsverwurzelte Migranten-Milieus

- Sinus A3 (7%)
Religiös-verwurzeltes Milieu
▶ Vormoderne, soziales und kulturell isoliertes Milieu, verhaftet in den patriarchalischen und religiösen Tradition der Herkunftsregion
- Sinus AB3 (16%)
Traditionelles Arbeitermilieu
▶ Traditionelles Blue Collar Milieu der Arbeitsmigranten und Spätaussiedler, das nach materieller Sicherheit für sich und seine Kinder strebt

Prekäre Migranten-Milieus

- Sinus B3 (9%)
Entwurzeltes Milieu
▶ Sozial und kulturell entwurzeltes Milieu, das Problemfreiheit und Heimat / Identität sucht und nach Geld, Ansehen und Konsum strebt
- Sinus BC3 (15%)
Hedonistisch-subkulturelles Milieu
▶ Unangepasstes Jugendmilieu mit defizitärer Identität und Perspektive, das Spaß haben will und sich den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft verweigert

Quelle: Sinus Sociovision (2008)

Die acht Migrantenmilieus werden vier verschiedenen Segmenten zugeordnet. Diese Segmentierung gilt als „Ausdruck der spezifischen soziokulturellen Situation von Migranten und verläuft zwischen gefühlter kultureller Zugehörigkeit, zwischen Herkunfts- und Aufnahmekultur und Status-Perspektive. Fühlen sich die traditionsverwurzelten Milieus auf bescheidenem Status-Niveau noch stärker ihrer Herkunftskultur verbunden, lassen etwa die bürgerlichen Milieus mit deutlich besserer Status-Perspektive wesentlich ausgeprägtere Affinitäten in Richtung Mehrheitsgesellschaft erkennen“ (Beck 2009: 7). Im Hinblick auf die Statusperspektiven „trennen sich die Lebenswelten zwischen positiven Aufstiegserwartungen und teilweise schon arrivierter Wohlstandssicherheit bei bürgerlichen und ambitionierten Milieus von der Alltagsrealität bei den bescheideneren traditionsverwurzelten und den perspektivisch enttäuschten prekären Milieus“ (ebd.: 30).

In der Sinus-Studie werden die „Ressourcen an kulturellem Kapital“, der „ausgeprägte Bildungsoptimismus“ und „uneingeschränkte Integrationswille“ sowie die „Bereitschaft zur Leistung und der Wille zum gesellschaftlichen Aufstieg“ in weiten Teilen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hervorgehoben; ihre „Anpassungsleistungen“ und der „Stand ihrer Etablierung in der Mitte der Gesellschaft“ würden zumeist unterschätzt (Sinus Sociovision 2008: 2). Die Studie zeigt aber auch, dass eine Mehrheit der Migrantinnen und Migranten Milieus angehört, die durch einen niedrigen sozialen Status gekennzeichnet sind. Integrationsdefizite zeigen sich hierbei vor allem im religiös verwurzelten Milieu und in den prekären Migrantenmilieus, denen immerhin 30 Prozent der Migrantinnen und Migranten zugerechnet werden. Angesprochen werden Defizite der Integration auf der Ebene des Bildungs- und Arbeitsmarkts, aber auch „kulturelle Distanzen zur Mehrheitsgesellschaft“ in einigen Migrantenmilieus (Orientierung an vormodernen, traditionellen Werten der Herkunftskultur; soziale und kulturelle Entwurzelung; subkulturelle Orientierungen) (vgl. Beck 2009: 42 f.).

Vergleichende Analysen zeigen ein differenziertes Bild der Milieustruktur in ausgewählten Städten. In München liegt beispielsweise der Anteil der ambitionierten Migrantenmilieus (intellektuell-kosmopolitisches Milieu, multikulturelles Performer-Milieu) mit 34,9 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (24,0 Prozent). Die prekären Migrantenmilieus (entwurzeltes Milieu, hedonistisch-subkulturelles Milieu) sind mit einem Anteil von 32,0 Prozent am stärksten in Berlin vertreten. In München liegt der Anteil dieser Milieus nur bei 18,9 Prozent und damit in diesem Fall deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. Huss 2010: 2). Bislang mangelt es allerdings an Studien, die die Entstehung und Entwicklung dieser strukturellen Unterschiede zwischen Städten und Gemeinden in systematischer Weise aufarbeiten und den Stellenwert lokaler Differenzen und Potenziale sowie deren Gestaltung und Nutzung im Rahmen kommunalpolitischer Strategien aufzeigen. Hier besteht zweifellos ein besonderer Forschungsbedarf.

Der Milieuansatz ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem anerkannten und wichtigen Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Forschung zu sozialer Ungleichheit geworden. Zu den Vorzügen des Ansatzes kann vor allem gerechnet werden, dass er „objektive“ Merkmale wie Einkommen, Bildung und Beruf mit „subjektiven“ Aspekten sozialer Ungleichheit verknüpft. Die Einbeziehung von Einstellungen, Bewusstseinsformen, Lebensstilen und Werten der Betroffenen ermöglicht ein vertieftes Verständnis der Frage, wie sich Menschen mit den vorteilhaften oder nachteiligen Bedingungen ihres Lebens auseinandersetzen und auf welchen Erfahrungsdimensionen dies beruht. Fragen wirft allerdings die Funktion von Milieus im „Gefüge sozialer Ungleichheit“ auf: Welche Bedeutung wird den ungleichen Lebensbedingungen von den Betroffenen zugeschrieben? Inwiefern trägt die Milieuzugehörigkeit zu einer Abschwächung, Reproduktion oder Verstärkung ungleicher Lebensbedingungen bei? Wie verhalten sich eher unbestimmte Verhaltensdispositionen zu konkreten Verhaltensformen?¹⁰

10 Siehe hierzu vor allem Hradil (1987/2009: 310) sowie Otte (2005/2009: 358).

Zu den zentralen Thesen der Sinus-Studie gehört, dass sich die Migrantenumilieus „weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben [unterscheiden]. [...] Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus“ (Sinus Sociovision 2008: 2). Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion oder Zuwanderungsgeschichte würden zwar die Alltagskultur beeinflussen, seien aber nicht zwingend und nicht allein „milieuprägend und auf Dauer nicht identitätsstiftend“ (ebd.). Die Religion spiele zudem nur in einem der acht Milieus eine „alltagsbestimmende Rolle“ – im Rahmen eines ländlich-traditionellen, von einem autoritären Familienverständnis geprägten Wertesystems. Allerdings werden die empirischen Belege für diese weitreichende These nicht nachvollziehbar dargestellt, so dass offen bleibt, wie belastbar diese Einschätzung ist und inwiefern sie bzw. in welchen Kontexten sie handlungsrelevant ist für Migranten.

Die These der Sinus-Studie, dass Migrantenumilieus weniger durch ethnische Herkunft, religiöse Orientierung oder soziale Lage als durch Lebensstile und Wertvorstellungen geprägt werden, steht zunächst einmal im Widerspruch zu vielen Alltagserfahrungen und auch Ergebnissen der migrationssoziologischen Forschung, die zeigen, dass Ethnizität im Zentrum der Identitätsbildung und der Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten, aber auch von Abwertungen und Diskriminierungen durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft steht.¹¹ Die Ergebnisse der Studie sind allerdings anschlussfähig im Hinblick auf wissenschaftliche Positionen, die sich gegen die Vorstellung wenden, dass ethnische Gruppen kulturell homogene und sozial abgeschlossene Gemein-

schaften bilden, deren Mitglieder einander in Solidarität verbunden sind. In dieser Perspektive werden ethnische Grenzziehungen als Resultat ergebnisoffener Aushandlungs- und Anerkennungskämpfe verstanden, die unter jeweils spezifischen historischen Rahmenbedingungen entstehen (vgl. Wimmer 2008).

Erste Beispiele einer Anwendung im Rahmen der kommunalen Bildungs- und Integrationspolitik zeigen, dass der Milieuansatz geeignet ist, um ein differenzierteres Bild von der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund auf lokaler Ebene zu zeichnen und Verwaltung und Planung dringend benötigte Informationen für die Entwicklung einer bedarfsorientierten Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik zu liefern, die Ressourcen von Migrantinnen und Migranten gezielt nutzt und auf Problemlagen angemessen reagiert.¹² In Heidelberg lieferten die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten wichtige Daten und Einsichten für den ersten kommunalen Integrationsplan (vgl. Flaig 2008). In München haben sich die Bildungsplanung des Schul- und Kultusreferats und das Statistikamt der Stadt am Projekt des Sinus-Instituts zur Milieustruktur von Migrantinnen und Migranten mit dem Ziel beteiligt, die Erkenntnisse aus der Repräsentativstudie auf kleinräumlicher Ebene für eine Analyse von Bildungsverhalten und Bildungsstatus nutzbar zu machen (vgl. Huss 2010).

In Zukunft wird es vor allem darauf ankommen, das Modell der Migrantenumilieus auf Bundesebene weiterzuentwickeln, interkommunale Vergleiche voranzutreiben und den integrationspolitischen Nutzen des Milieuansatzes auf lokaler Ebene nutzbar zu machen.¹³ Wenn es richtig ist, dass sich die Migran-

11 Siehe hierzu vor allem Sutterlüty (2010), der am Beispiel zweier ehemaliger Arbeiterviertel zeigt, dass paradoxerweise vor allem erfolgreiche Migranten türkischer Herkunft zu einem bevorzugten Ziel von Stigmatisierung werden, da sie am stärksten den Status der Einheimischen bedrohen.

12 In einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München wird der „enorme Erkenntnisgewinn“ des Sinus-Milieu-Ansatzes hervorgehoben. Dieser sei geeignet, „Verwaltung und Planung Hilfen an die Hand zu geben, die sie auf anderem Wege nicht oder schon gar nicht preisgünstiger erhalten könnten. Innerstädtisch gibt es kaum noch Fachplanung, die ohne sachlich und räumlich tief gegliederte Bildungs-, Sozial-, ökonomische und kulturelle Daten auskommt. Somit stellen sich auch Fragen nach Merkmalen und Strukturen, anhand derer sich Migrantengruppen beschreiben, einordnen und quantifizieren lassen“ (Huss 2010: 7).

13 Die Stadt Augsburg hat frühzeitig und systematisch versucht, die Sozial- und Integrationspolitik auf Milieuanalysen zu stützen und dabei den Milieuansatz auf die gesamte Stadtgesellschaft anzuwenden (vgl. Hummel 2006).

tenmilieus weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach Lebensstilen und Wertvorstellungen unterscheiden, dann dürften migrationsbedingte Unterschiede zunehmend in den Hintergrund rücken. Es ist daher perspektivisch sinnvoll, ein integriertes Milieumodell von Migranten- und Mehrheitsbevölkerung zu entwickeln, das veranschaulicht, wo die Milieus von Mehrheits- und Migrantenbevöl-

kerung miteinander verschmelzen, wo es Berührungspunkte und Übergänge gibt und wo migrationsbedingten Milieus weiterhin eine Sonderstellung zukommt. Ein weiterentwickelter, integrierter Milieuansatz dürfte auf jeden Fall am ehesten in der Lage sein, die Entwicklungsdynamik und komplexe Wirklichkeit einer heterogener werdenden Gesellschaft abzubilden.¹⁴

14 Die Stadt Frankfurt am Main (2009: 65) bezieht sich in ihrem Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts explizit auf den Milieu-Ansatz des Sinus-Instituts. Weiterführende Forschungen vor Ort wären eine wichtige Grundlage für eine neu konzipierte Integrationspolitik, die vor allem eine tragfähige Vernetzung der vielfältigen Milieus in der Stadt zum Ziel hat (Stadt Frankfurt am Main 2009: 65; siehe auch Kunz 2010).

Laut Sinus-Studie beklagen viele der Befragten – quer durch alle Migrantenumilieus – „die mangelnde Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft und das geringe Interesse an den Eingewanderten“. Als „isoliert und ausgegrenzt“ empfindet sich aber „nur“ ein Viertel der befragten Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere Angehörige der unter-schichtigen Milieus (Sinus Sociovision 2008: 3). In einer vergleichenden Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung (EU-MIDIS) gaben 30 Prozent der Türken und 21 Prozent der Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien an, in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung mindestens einmal Opfer einer diskriminierenden Handlung gewesen zu sein. Knapp die Hälfte der in Deutschland befragten Türken ist zudem davon überzeugt, dass Diskriminierung aufgrund von Religion oder Weltanschauung sehr oder ziemlich weit verbreitet ist (vgl. FRA 2009: 34 ff., 198 f.).

Im Rahmen der von Wilhelm Heitmeyer (2002b) entwickelten Konzeption von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden unter anderem Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte und Islamophobie als miteinander verbundene Varianten einer Ideologie der Ungleichwertigkeit¹⁵ analysiert. Über deren Entwicklung und Ausprägung wird seit 2002 in der auf zehn Jahre angelegten Untersuchung in jährlichen Reporten („Deutsche Zustände“) berichtet (vgl. Heitmeyer 2002a ff.). Der Konzeption liegt die Annahme zugrunde, dass die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit zu den zentralen Werten einer modernen und hu-

manen Gesellschaft gehören und dass diese durch die Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen gefährdet werden.

Zu den zentralen Ergebnissen der Langzeituntersuchung gehört, dass sich im Jahr 2009 bei fast allen Elementen des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geringere Werte als im ersten Erhebungsjahr 2002 finden. Das gilt insbesondere für die Elemente Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber in abgeschwächter Form auch für Islamophobie und Etabliertenvorrechte. In den „Deutschen Zuständen“ findet sich zwar eine Vielzahl von Analysen, eine Erklärung für den relativ deutlichen Rückgang abwertender Einstellungen in der deutschen Mehrheitsbevölkerung ist aber bislang nicht zu finden. Für eine „nachlassende Integrationsbereitschaft in der Mehrheitsbevölkerung“ finden sich in der Langzeituntersuchung jedenfalls nur wenige empirische Belege, auch wenn die grundsätzliche Integrationsbereitschaft der Bevölkerung zum Teil mit Forderungen nach Assimilation der Zuwanderer einhergeht.

Zu den Elementen des Syndroms gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird auch die Islamophobie gerechnet, mit der „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken“ definiert werden (Seibold/Kühnel 2003: 101). Allerdings ist auch hier – im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung und zu Versuchen der politischen Instrumentalisierung von Moscheebaukonflikten durch rechte Bewegungen – ein positiver

15 Die Konzeption von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umfasste anfangs nur die sechs Elemente Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etabliertenvorrechte und Sexismus. Das Element Heterophobie als eine auf Angst basierende Abwertung von Menschen, die Gruppen angehören, die von der „Norm“ abweichen, wurde in der Folgezeit in fünf einzelne Konstrukte aufgefächert: Homophobie, Islamophobie, Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen.

Trend zu verzeichnen.¹⁶ Bemerkenswert sind aber darüber hinaus vor allem die Versuche der Wissenschaftler, analytisch zwischen Islamophobie und Islamkritik zu unterscheiden.¹⁷ Ohne hierauf an dieser Stelle näher eingehen zu können, wird doch deutlich, dass die Integration der Muslime in Deutschland grundsätzliche Positionen berührt, die über den Rahmen der Vorurteilsforschung hinausreichen und besondere Anforderungen an den politischen Dialog mit Muslimen und ihren Organisationen sowie die Moderation und Mediation von Konflikten stellen.

Die Konzeption gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit öffnet den Blick für eine breite Palette von gruppenbezogenen Abwertungen schwacher Gruppen und stärkt pädagogische Ansätze zur Förderung einer Kultur der Anerkennung und der Gleichwertigkeit.¹⁸ Es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, dass im Rahmen der Langzeituntersuchung nur Einstellungen¹⁹ und keine konkreten Verhaltensweisen erfasst werden. Zwar können gruppenbezogene Abwertungen zu einer Absenkung der Hemmschwelle für diskriminierende Handlungen gegenüber Angehörigen schwacher Gruppen beitragen, aber der Transfer von Einstellungen in die Handlungspraxis von Individuen oder Gruppen wird im Rahmen der Studie nicht untersucht. Die Aussagekraft von Einstellungsuntersuchungen sollte insbesondere im Hinblick auf politische Konflikte nicht

überschätzt werden. Erfahrungen in europäischen Nachbarländern, aber auch in Deutschland (z. B. der Medienhype um Sarrazin) zeigen, dass Ereignisse auch Einstellungen verändern können.

Demokratiedistanz, Ungleichheitsideologien und negative Klassifikationen sind zudem in pluralen, herkunftsheterogenen Gesellschaften kein Privileg der „Mehrheitsbevölkerung“, sondern finden sich sowohl bei Einheimischen als auch bei Zugewanderten.²⁰ Es wird Aufgabe der Forschung sein, dieser Erkenntnis in Zukunft stärker Rechnung zu tragen.²¹ Sinnvoll erscheinen in Zukunft vor allem sozialräumlich zugeschnittene repräsentative oder zielgruppenorientierte Befragungen der Bevölkerung zur Verbreitung von demokratiegefährdenden Ideologien und Ungleichwertigkeitsvorstellungen, zu Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen sowie zur Zufriedenheit mit demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Die Generierung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf lokaler Ebene kann nicht nur einfacher als auf der nationalen Ebene mit der Analyse komplexer Ursachenbündel verknüpft werden, sondern sie bietet auch mehr Ansatzpunkte für konkrete kommunalpolitische Handlungsstrategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt – gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (siehe auch Roth et al. 2010: 155 ff.).²²

16 Zu den langfristigen Trends siehe IKG (2009) und Heitmeyer (2010).

17 Es werden drei Bereiche der Kritik an islamischen Positionen unterschieden: (1) die Ablehnung des Prinzips des säkularen Rechtsstaats, (2) die Ablehnung der Gleichstellung verschiedener Bekenntnisformen und (3) die aktive Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung (vgl. Seibold/Kühnel 2008: 100). Eberhard Seidel hat bereits 2003 die schwierige „Balance zwischen Islamkritik und Islamophobie“ thematisiert (vgl. Seidel 2003).

18 Siehe zum Beispiel das Projektnetzwerk „Living Equality – Gleichwertigkeit leben“ der Amadeu Antonio Stiftung (Amadeu Antonio Stiftung 2009).

19 Die einzelnen Elemente des Syndroms der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit werden jeweils über zwei bis drei Aussagen operationalisiert, eine Vorgehensweise, die nicht unumstritten ist.

20 Siehe hierzu insbesondere die Veröffentlichungen von Sutterlüty et al. (2008) und Sutterlüty (2010) sowie auch Erfahrungen aus der Berliner Beratungs- und Bildungsarbeit (Chung 2009; Kleff/Seidel 2009).

21 In der Auswertung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden die befragten Personen mit Migrationshintergrund nicht berücksichtigt.

22 Impulse in dieser Richtung könnte das beispielsweise aktuell vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. initiierte Städtenetzwerk „Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung“ bieten, das gestützt auf lokale Lebenswelt- bzw. Milieuanalysen u. a. zu neuen Handlungsansätzen in der Integrationspolitik kommen möchte.

Der Integration der rund vier Millionen Muslime wird – spätestens seit der Institutionalisierung des Dialogs zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) im September 2006 – eine hohe politische Bedeutung beigemessen. Die Institutionalisierung dieses Dialogs basiert allerdings nicht auf einer wissenschaftlichen Analyse der (mangelnden) Integration von Muslimen in Deutschland,²³ sondern ist vor allem durch die Suche des Staates nach einem Ansprechpartner für die Bewältigung integrationspolitischer Herausforderungen sowie nicht zuletzt auch durch sicherheitspolitische Überlegungen nach dem 11. September 2001 geprägt.

Die institutionelle Kooperation zwischen Staat und Muslimen im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz, die mediale Inszenierung und politische Aufladung der Sarrazin-Debatte zur Integration von Muslimen in Deutschland sowie kontroverse Reaktionen auf die Äußerungen von Bundespräsident Christian Wulff zum Islam in Deutschland²⁴ zeigen, dass der Islam zu einem – höchst umstrittenen – „Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland“ (Annette Schavan),²⁵ geworden ist. Diese Entwicklung wirft vielfältige Fragen der sozialen Integration von Muslimen und der institutionellen Integration des Islam auf. Sie ist zudem mit Ängsten, Vorurteilen

und Konflikten verbunden, die langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland gefährden können.²⁶

Die Zahl der Veröffentlichungen zum Islam und zur muslimischen Bevölkerung in Deutschland ist inzwischen kaum noch überschaubar.²⁷ Im letzten Jahrzehnt ist eine Vielzahl von Studien vorgelegt worden, die sich vor allem auf den „Islam als Diskursfeld“ – zwischen „Islamfeindlichkeit“ und „Islamverherrlichung“ (Schneiders 2010a und 2010b), einige zentrale Themen und Konfliktfelder (Kopftuchdebatten, Moscheekonflikte, islamischer Religionsunterricht, muslimische Organisationen) sowie einzelne muslimische Bevölkerungsgruppen (Frauen, Jugendliche, Migrantinnen und Migranten mit einem ausgewählten ethnischen oder nationalen Hintergrund) beziehen. Im Vordergrund des öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurses stehen hierbei Fragen der Religiosität und religiösen Praxis, der individuellen Identität, emotionalen Identifikation und sozialen Integration, Diskriminierungserfahrungen und Radikalisierungsprozesse sowie das Verhältnis von Muslimen zu Staat und Gesellschaft in Deutschland.

Eine Reihe neuerer Studien zur Religiosität junger Musliminnen und Muslime²⁸ belegt, dass ein Teil der Jugendlichen – auf der Suche nach einer eigen-

23 Der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung bietet keine fundierte Bestandsaufnahme, sondern nur einige verstreute Hinweise zu Problemen der Integration, die den in Deutschland lebenden Muslimen zugeschrieben werden. Hervorgehoben werden allerdings das wachsende Bewusstsein für die Herausforderungen, die mit religiöser Vielfalt verbunden sind, sowie die Bedeutung eines strukturierten und kontinuierlichen Dialogs insbesondere mit Organisationen der Muslime (vgl. Die Bundesregierung 2007: 13, 24).

24 Rede von Bundespräsident Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen: „Vielfalt schätzen – Zusammenhalt fördern“.

25 Interview mit Annette Schavan, Der Tagesspiegel, 11. Oktober 2010.

26 Eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland verweist auf eine „deutliche Zunahme islamfeindlicher Äußerungen“, die durch sehr hohe Zustimmungswerte zu Forderungen nach einer Einschränkung der Religionsausübung für Muslime „noch untermauert“ wird (vgl. Decker et al. 2010: 134).

27 Zum Stand der Forschung siehe insbesondere die zusammenfassenden Darstellungen von Worbs/Heckmann (2003: 177 ff.), Brettfeld/Wetzels (2007: 12 ff.) und Haug et al. (2009: 24 ff.).

28 Siehe hierzu vor allem die Studien von Karakaşoğlu-Aydin (2000), Klinkhammer (2000), Tietze (2001), Frese (2002), Nökel (2002), Kelek (2002) und Öztürk (2007). Zu den Lebenswelten junger Muslime siehe auch die Veröffentlichungen von Wensierski/Lübcke (2007) und Bundschuh et al. (2009).

ständigen Identität – bewusst auf den Islam zurückgreift. Sie zeigen, dass die islamischen Orientierungen der Jugendlichen weit gefächert sind, betonen die Eigenständigkeit des Islamverständnisses junger Muslime in ihrer Suche nach dem „wahren Islam“ und heben die Bedeutung der islamischen Orientierung und Lebensführung für die Herausbildung einer authentischen islamischen Identität hervor. Allerdings wurden diese Studien überwiegend mit qualitativen Methoden durchgeführt, die oft mit geringen Fallzahlen, einer selektiven Auswahl der Befragten und hier auch einer Konzentration auf bildungserfolgreichere Muslime einhergingen. Die Gewichtung individueller und kollektiver Orientierungen, der Zusammenhang von Religiosität, Wertorientierungen und Handlungspraxis sowie die Auswirkungen von Religiosität auf Prozesse der Segregation und Integration werfen eine Reihe von Fragen auf, die von diesen Studien nicht immer befriedigend beantwortet werden können (vgl. Gese- mann 2006: 8).

Der Mangel an Studien, die sich auf einer breiteren Grundlage und in einer stärker vergleichenden Perspektive mit der Situation von Muslimen in Deutschland auseinandersetzen, ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die deutschen Behörden Muslime nicht als eine gesonderte Bevölkerungsgruppe zählen und auch die Religionszugehörigkeit von Migranten nicht erfassen. Die wichtigsten Datenquellen zum Themenbereich „Migration und Integration“, nämlich das Ausländerzentralregister, die Einbürgerungsstatistik und der Mikrozensus, enthalten daher keine Angaben zur Religionszugehörigkeit. Die religiösen Bindungen von Migrantinnen und Migranten werden auch nicht im Rahmen sozialwissenschaftlicher Erhebungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) oder der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) erhoben. Hinzu kommt, dass es sich beim Islam nicht um eine organisierte Religionsgemeinschaft nach kirchlichem Muster handelt, so dass die Ermittlung der exakten Zahl der in Deutschland lebenden Muslime schwierig, wenn nicht gar unmöglich ist.

Ein zentrales Problem der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Muslimen in Deutschland besteht zunächst einmal in der folgenreichen Klärung der Frage, wer überhaupt als Muslim einbezogen werden soll. Sollen nur diejenigen Personen berücksichtigt werden, die sich ausdrücklich als Muslime bezeichnen, oder auch nicht religiöse (ehemalige) Muslime? Wenn nur Personen berücksichtigt werden, die sich selbst als Muslime sehen, wird das Spektrum der Personen mit muslimischem Hintergrund begrenzt und der Religion automatisch eine größere Bedeutung zugemessen. Wenn nicht religiöse oder sogar ehemalige Muslime als Muslime mitgezählt werden, besteht wiederum die Gefahr einer imaginären Konstruktion einer muslimischen Gemeinschaft, die es faktisch überhaupt nicht gibt. Personen, die sich möglicherweise unter Schwierigkeiten von ihrer muslimischen Herkunft distanzieren, werden dann von der Wissenschaft wieder ungewollt zu Muslimen gemacht.

Differenzierte Aussagen zur muslimischen Bevölkerung in Deutschland bieten vor allem drei Studien: Die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene Studie „Muslime in Deutschland“, die von Katrin Brettfeld und Peter Wetzels an der Universität Hamburg durchgeführt wurde, die von der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des Religionsmonitors 2008 vorgelegte Sonderstudie „Muslimische Religiosität in Deutschland“ (Bertelsmann Stiftung 2008) sowie die von der Deutschen Islam Konferenz in Auftrag gegebene und von Mitarbeiterinnen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge durchgeführte Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ (Haug et al. 2009).²⁹ Mit diesen Untersuchungen liegen erstmals sehr umfassende Bestandsaufnahmen zum religiösen Alltagsleben, zur sozialen und strukturellen Integration sowie zu den politisch-religiösen Orientierungen muslimischer Zuwanderer vor.

Zahl und Struktur der Muslime

Die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge schätzt die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime auf der Grundlage komplexer Hochrech-

²⁹ Die Studien „Muslime in Deutschland“ von Brettfeld und Wetzels sowie die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ wurden auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Integrationsforschung – Ansätze und Perspektiven“ vorgestellt.

nungen auf 3,8 bis 4,3 Millionen und kommt damit zu höheren Zahlen als vorangegangene Studien. Das entspricht einem Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung von 4,6 bis 5,2 Prozent. Bemerkenswert ist, dass immerhin schon 45 Prozent der in Deutschland lebenden Muslime deutsche Staatsangehörige sind, rund 55 Prozent haben eine ausländische Staatsangehörigkeit.³⁰ Die Entwicklung des Islam in Deutschland ist zwar historisch vor allem mit der Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften und Flüchtlingen verknüpft, aber Wanderungsbewegungen und Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts haben bewirkt, dass sich die Zahl der deutschen Muslime³¹ in den letzten eineinhalb Dekaden fast verzehnfacht hat – von etwa 200.000 (Ende 1995) auf 1,7 bis 2,0 Millionen (Mitte 2008) (vgl. Gesemann 2006: 8; Haug et al. 2009: 82 f.).³²

Eine deutliche Mehrheit von knapp zwei Dritteln der Muslime stammt aus der Türkei (61,6 bis 64,8 Prozent), gefolgt von Muslimen mit arabischem und südosteuropäischem Migrationshintergrund (13,7 bis 15,5 Prozent bzw. 13,1 bis 14,0 Prozent). Aus Afghanistan und Pakistan stammen knapp 4 Prozent der Muslime. Differenziert nach Glaubensrichtungen zeigt sich, dass knapp drei Viertel der Muslime (74,1 Prozent) Sunniten sind; Schiiten stellen 7,1 Prozent der Muslime. Die zweitgrößte Gruppe der Muslime in Deutschland bilden die zumeist aus der Türkei stammenden Aleviten (12,7 Prozent). Die Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zeigen, dass der Anteil der Muslime nichttürkischer Herkunft und damit die Heterogenität der muslimischen Bevölkerung in Deutschland bislang unterschätzt worden ist. Die Forschung zu Muslimen in Deutschland hat sich in der Vergangenheit fast ausschließlich auf Personen mit türkischem Migrationshintergrund konzentriert und die zahlenmäßig kleineren Gruppen vernachlässigt.

Religiosität, religiöse Praxis und interreligiöse Offenheit

Die angesprochenen Studien zur muslimischen Bevölkerung in Deutschland kommen – in Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen – zu dem Ergebnis, dass Religiosität und religiöse Praxis bei Muslimen stark ausgeprägt sind. 86 bis 90 Prozent der Muslime bezeichnen sich als (eher) gläubig/religiös, sehr (stark) gläubig/religiös oder werden als religiös bzw. hochreligiös eingestuft.³³ Sie sind somit deutlich religiöser als der Durchschnitt der Bevölkerung.³⁴ Sehr stark gläubig bzw. hochreligiös sind insbesondere sunnitische Muslime aus der Türkei.³⁵ Bemerkenswert sind aber vor allem die starken Unterschiede nach Herkunftsländern. 47 Prozent der türkeistämmigen Muslime, aber nur 25 Prozent der Muslime aus dem Nahen Osten und 3,1 Prozent der Muslime aus dem Iran bezeichnen sich als sehr stark gläubig. Nur 3,5 Prozent aller Muslime, aber 40,6 Prozent der Befragten mit einem iranischen Migrationshintergrund gaben an, gar nicht gläubig zu sein (vgl. Haug et al. 2009: 141).

Die relativ hohe Bedeutung der Glaubensüberzeugungen der Befragten spiegelt sich allerdings nur teilweise in der individuellen Religionspraxis (Häufigkeit von Gebeten, Besuchen einer Moschee/eines Gebetsraums, Feiern religiöser Feste, Beachtung religiöser Vorschriften) wider. Auffallend sind in diesem Zusammenhang nicht nur die große Varianz in der religiösen Praxis und die unterschiedliche Bedeutung, die einzelnen religiösen Vorschriften beigemessen wird, sondern auch, dass nur eine Minderheit von etwa einem Drittel der Muslime eine intensive private oder kollektive religiöse Praxis pflegt (zum Beispiel durch tägliches Beten oder den wöchentlichen Besuch einer Moschee).³⁶ In Bezug auf kontrovers diskutierte Themen zeigt sich, dass das Tragen

30 Allerdings ist der Anteil der deutschen Staatsangehörigen unter den Muslimen mit iranischem, arabischem und süd-/südostasiatischem Migrationshintergrund zum Teil mehr als doppelt so hoch wie bei den Befragten mit südosteuropäischer oder türkischer Herkunft (vgl. Haug et al. 2009: 126).

31 In der Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge werden nur Muslime mit Migrationshintergrund erfasst. Schätzungen zur Anzahl der deutschen Konvertiten zum Islam reichen von 13.000 bis 100.000 Personen (vgl. Haug et al. 2009: 58).

32 Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in Deutschland wurde letztmals bei der Volkszählung vom 25. Mai 1987 erfragt. Damals bekannten sich 1,651 Millionen Personen zum Islam, darunter 1,325 Millionen türkische Staatsangehörige sowie 48.000 deutsche Staatsbürger.

33 Vgl. Brettfeld/Wetzels (2008: 110); Haug et al. (2009: 138 ff.); Thielmann (2008: 15).

34 Der Religionsmonitor 2008 der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass 18 Prozent der Deutschen hochreligiös und 52 Prozent religiös sind (vgl. Thielmann 2008: 15).

35 In der Bertelsmann-Studie beträgt der Anteil der Hochreligiösen bei den Sunniten 47 Prozent, gegenüber 29 Prozent bei den Schiiten und 12 Prozent bei den Aleviten (vgl. Thielmann 2008: 15). In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ schätzen sich 42 Prozent der Schiiten, 24 Prozent der Aleviten und 21 Prozent der Schiiten als sehr stark gläubig ein (vgl. Haug et al. 2009: 141 f.).

36 Siehe hierzu im Einzelnen Brettfeld/Wetzels (2007: 110 ff.); Thielmann (2008: 18 ff.); Haug et al. (2009: 144 ff.).

eines Kopftuchs offenbar von einer Mehrheit der Muslime abgelehnt wird (Thielmann 2008: 20). In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ liegt der Anteil der befragten Frauen, die nie ein Kopftuch tragen, sogar bei knapp 70 Prozent; fast 23 Prozent der Musliminnen gaben an, immer ein Kopftuch zu tragen (vgl. Haug et al. 2009: 198).

Die Befunde der Studien zur interreligiösen Offenheit der Muslime in Deutschland sind sehr unterschiedlich. Das hängt vor allem damit zusammen, dass dieser Begriff sehr unterschiedlich operationalisiert wird. Die Studie von Brettfeld und Wetzels (2007) sowie der Religionsmonitor 2008 der Bertelsmann Stiftung (2008) konzentrieren sich vor allem auf Fragen des Vorrangs der eigenen Religion bzw. der Toleranz gegenüber anderen Religionen.³⁷ Während in der Studie der Bertelsmann Stiftung (2008: 8) „eine hohe Toleranz gegenüber anderen Glaubensüberzeugungen“ konstatiert wird,³⁸ kommen Brettfeld und Wetzels (2008: 138 f.) zu dem Ergebnis, dass 40 Prozent der Befragten in das fundamental-religiöse Muster eingeordnet werden können, das durch eine hohe Religiosität und hohe Relevanz der Religion im Alltag, exklusive Ansprüche des Islam als einzig wahrer Religion und die Ablehnung von Anpassungen an die Anforderungen moderner Gesellschaften gekennzeichnet ist.

Soziale Integration und problematische Einstellungsmuster

Die Studien von Brettfeld und Wetzels und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu Muslimen in Deutschland bestätigen erneut Befunde, dass sich insbesondere bei türkischen Migranten in den Bereichen der sprachlichen und strukturellen Integration (Bildungsniveau, Arbeitsmarktintegration) besondere Herausforderungen zeigen. Während Brettfeld und Wetzels (2007: 103, 109) zudem bei Muslimen eine starke subjektive Wahrnehmung von ablehnenden Haltungen seitens der Mitglieder der

Aufnahmegesellschaft und ein erhebliches Defizit bei der sozialen Integration in die deutsche Gesellschaft (Interaktionen mit der einheimischen Bevölkerung) konstatieren, kommt die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu einem gegenteiligen Ergebnis. Demnach ist „die Kontakthäufigkeit mit Personen deutscher Herkunft in allen Alltagsbereichen sehr hoch“ (Haug et al. 2009: 263).³⁹ Weitgehend offen bleibt allerdings in beiden Studien, welcher Stellenwert den Merkmalen Religion und Religiosität in Bezug auf die soziale Integration der Zugewanderten insgesamt zukommt.

Während die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auf Fragen zu Demokratie und Rechtsstaat völlig verzichtet, kommt die Studie der Hamburger Wissenschaftler zu dem Ergebnis, dass knapp 14 Prozent der Muslime „problematische Einstellungsmuster“ aufweisen (Brettfeld/Wetzels 2007: 191). Besorgniserregend ist zudem, dass knapp 30 Prozent der Jugendlichen Einstellungen zeigen, die durch ein hohes Maß an Demokratiedistanz, hohe Ausprägungen religiöser Intoleranz und/oder eine hohe Akzeptanz politisch-religiös motivierter Gewalt geprägt sind. Multivariate Analysen weisen darauf hin, „dass vor allem geringe Bildung, schlechte sprachlich-soziale Integration sowie die Viktimisierung und Diskriminierung als Ausländer in Deutschland das Risiko einer solchen Entwicklung“ deutlich erhöhen (ebd.: 341). Diese Ergebnisse zeigen, dass Programme und Maßnahmen benötigt werden, die die Förderung der sozialen und sprachlich-kulturellen Integration von Migranten und Muslimen mit der Förderung demokratischer und toleranter Haltungen verzahnen.

Politische Partizipation

Die stark ausgeprägte Religiosität der Muslime geht mit einem relativ niedrigen Organisationsgrad einher. Laut Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge geben nur 20 Prozent der Befragten an,

37 In der Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wird der Begriff der interreligiösen Offenheit über Fragen nach der Akzeptanz interreligiöser Partnerschaften operationalisiert. Die Ergebnisse zeigen, dass bei den befragten Muslimen eine relativ breite interreligiöse Offenheit vorhanden ist, obwohl das tatsächliche Verhalten vom Antwortverhalten abweicht und auf nach wie vor vorhandene Barrieren verweist (vgl. Haug et al. 2009: 276 ff.).

38 Siehe auch Thielmann (2008: 17 f.).

39 Diskriminierungserfahrungen werden in der Studie nicht erfasst.

Mitglied in einem religiösen Verein oder einer Gemeinde zu sein.⁴⁰ Von Bedeutung ist aber insbesondere, dass nur zwei Drittel der Befragten mindestens einen der (abgefragten) muslimischen Verbände kennen. Von diesen zumindest teilweise vertreten fühlen sich aber lediglich 37 Prozent der Befragten, welche die Verbände auch kennen; 50 Prozent geben sogar an, dass sie sich von den Verbänden gar nicht vertreten fühlen (vgl. Haug et al. 2009: 175).

Diese Ergebnisse unterstreichen, dass sich Muslime, die sich durch die muslimischen Verbände nicht vertreten fühlen, künftig stärker in Parteien, Interessenorganisationen und Netzwerken organisieren müssen, wenn sie sich langfristig Gehör verschaffen wollen. Mit der steigenden Zahl von Muslimen, die bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, sowie der zunehmenden Einbürgerung von muslimischen Migranten wachsen nicht nur Bemühungen, ethnische, sprachliche und religiöse Differenzen zwischen den in Deutschland lebenden Muslimen zu überwinden, sondern auch das politische Gewicht der muslimischen Bevölkerungsgruppe. Die Spannungen und Konflikte, die mit der Integration des Islam in die deutsche Gesellschaft verbunden sind, können aber nur gelöst werden, wenn die Bedürfnisse und Interessen von Muslimen in ihrer Vielfalt im politischen Raum artikuliert werden können, die bundesdeutsche Regierung mit „einem breiten Spektrum muslimischer Repräsentantinnen und Repräsentanten“ zusammenarbeitet und sich die politischen Parteien stärker für die Anliegen der in Deutschland lebenden Muslime öffnen (vgl. Klausen 2006: 264).

Versuch eines Resümees und offene Forschungsfragen

Die ausgewählten Studien von Brettfeld und Wetzels, der Bertelsmann Stiftung und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu Muslimen in Deutschland bieten fundierte Informationen zu einer Reihe zentraler Fragen wie Zahl und Struktur der Muslime

in Deutschland, Religiosität und religiöser Praxis, sozialer und sprachlich-kultureller Integration sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz. Diese Studien vervollständigen das Bild, das bislang vor allem durch qualitative Studien zur Ausformung von Religiosität zu einer individuellen muslimischen Lebenspraxis gekennzeichnet ist. Die Studien zeigen, dass das Leben von Muslimen in Deutschland durch eine weithin unterschätzte Vielfalt sowie eine ausgeprägte Varianz im Hinblick auf Religiosität, religiöse Praxis, soziale und identifikative Integration sowie politische Einstellungen und Verhaltensmuster gekennzeichnet ist. Zu alarmistischen und skandalisierenden Thematisierungen des Islam in Deutschland besteht daher kein Anlass, zumal diese selbst ein Teil des Problems sind, das sie angeblich behandeln wollen. Allerdings gibt es auch keinen Grund, Schwierigkeiten des Integrationsprozesses zu verdrängen oder schönzureden.

Die Forschung zu Muslimen in Deutschland sollte stärker reflektieren, inwieweit sie selbst zur Konstruktion einer muslimischen Identität beiträgt. Dies berührt vor allem die Frage, wer von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als Muslim bzw. Muslimin in die Analyse einbezogen wird und wer nicht. Zu den Aufgaben von Wissenschaft sollte es zudem gehören, die Vielfalt der Lebensentwürfe und Lebenslagen von Muslimen, ihre Grundlagen, Merkmale und Entwicklungsdynamiken stärker in den Blick zu nehmen. Vielversprechend sind vor allem Ansätze, die religiöse und kulturelle Orientierungen in den Kontext migrationsbedingter Erfahrungen, sozialer Lebenslagen und Milieus sowie konkreter Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen stellen. Diese eignen sich auch, um einer zunehmenden Kulturalisierung sozialer Phänomene entgegenzuwirken. In diesem Kontext bedarf es auch weiterer Forschungsarbeiten zu politischen und religiösen Radikalisierungsprozessen sowie der Entwicklung von gezielten Maßnahmen zu ihrer Prävention und Intervention.

40 Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung kommt zu ähnlichen Ergebnissen: 78 Prozent der befragten Muslime sind nicht Mitglied in einem religiösen Verein oder Verband (vgl. Thielmann 2008: 14).

Zu den überraschenden Ergebnissen des Integrationsbarometers des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration gehört das Bild einer „relativ integrationsoptimistischen Bevölkerung“ und eines „geteilten Integrationsverständnisses“ von Mehrheits- und Zuwandererbevolkerung (SVR 2010: 33 f.). Es sind allerdings weniger die „symbolischen und appellativen ‚Meilensteine‘“ wie der Nationale Integrationsplan oder die Deutsche Islam Konferenz, sondern geteilte Erfahrungen im „lebenspraktischen Alltag der Einwanderungsgesellschaft“, eine mehrheitlich getragene „Vorstellung von gemeinsamer Integrationsverantwortung“ sowie ein „freundliches Integrationsklima im Bereich der sozialen Nahbeziehungen“. Der Integrationsklima-Index und die Ergebnisse in den einzelnen Teilbereichen machen deutlich, dass die Nachbarschaft als „zentraler Integrations Schauplatz“ gelten kann (ebd.: 42; 51). Das unterstreichen nicht zuletzt auch die Ergebnisse vergleichender Studien zu Muslimen in Europa, die am Beispiel von Berlin und Hamburg zeigen, dass die Identifikationswerte bei muslimischen Zuwanderern auf lokaler und regionaler Ebene sehr viel höher ausfallen als auf nationaler Ebene (vgl. OSI 2010: 69 ff.).

Die Rolle der Städte und Gemeinden bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland ist bislang noch nicht systematisch aufgearbeitet worden. Das wissenschaftliche Interesse an der politischen Steuerung von Migrations- und Integrationsprozessen konzentrierte sich auf Nationalstaaten und internationale Vergleiche; Arbeiten zur sozialen Integration von Zuwanderern und politischen Gestaltung dieses

Prozesses in Kommunen gibt es demgegenüber nur vereinzelt.⁴² Ein wachsendes Interesse an der kommunalen Integrationspolitik im vergangenen Jahrzehnt ist vor allem im Kontext der Neuausrichtung der bundesdeutschen Integrationspolitik, sozialräumlicher Herausforderungen und Problemlagen sowie der Herausbildung einer konzeptionell fundierten und strategisch ausgerichteten kommunalen Integrationspolitik festzustellen.⁴³ Diese Entwicklung spiegelt sich inzwischen auch in einer zunehmenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema wider.⁴⁴

Integration vor Ort

Als Orte des alltäglichen Zusammenlebens sind Städte und Gemeinden von zentraler Bedeutung für die ökonomische, soziale und kulturelle Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Erkenntnis, dass die Bundesrepublik Deutschland zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist, die von gelingender Zuwanderung profitieren kann, hat auf der kommunalen Ebene früh eingesetzt. Was oft als pragmatisches Improvisieren begann, wurde inzwischen vielerorts zu integrationspolitischen Gesamtkonzepten weiterentwickelt. Im Zuge der Neuausrichtung der Integrationspolitik von Bund und Ländern in der letzten Dekade ist auf lokaler Ebene eine beispiellose Aufwertung und Dynamik dieses Politikfeldes zu beobachten. Diese Entwicklung zeigt sich vor allem im zunehmenden integrationspolitischen Engagement der kommunalen Spitzenverbände, der konzeptionellen Grundlagenarbeit der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement

41 Die Ausführungen zur kommunalen Integrationspolitik sind gemeinsam mit Roland Roth entwickelt worden und basieren auf Überlegungen, die zum Teil bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden sind (vgl. Gesemann/Roth 2009b; 2010; Roth 2010).

42 Siehe hierzu aber Filsinger (1992); Krummacher/Waltz (1996); Häußermann/Oswald (1997); Gesemann (Hrsg.) (2001); Gestring et al. (2001); Schmals (Hrsg.) (2001).

43 Siehe hierzu vor allem Reichwein/Vogel (2004a; 2002b); Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (2005); Reichwein et al. (2007); Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (2005; 2007); Krings-Heckemeier et al. [empirica ag] (2008).

44 Siehe vor allem Bommers (2007; 2008; 2009); Gesemann/Roth (2009b; 2010); Roth (2010). Eine umfassende und problemorientierte Bestandsaufnahme der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland bietet der Band von Gesemann/Roth (Hrsg.) (2009a).

(KGSt) und nicht zuletzt auch in den vielfältigen Eigenanstrengungen der Kommunen selbst (vgl. Gesemann/Roth 2009b: 17).⁴⁵

Notwendig sind in diesem Kontext eine realistische Einschätzung von Handlungsspielräumen sowie eine Bewertung von Erfolgsbedingungen und Herausforderungen. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen sind zum einen begrenzt, da die Bedingungen der sozialen Integration von Zuwanderern in vielfacher Hinsicht durch regionale, nationale, europäische und globale Entwicklungen geprägt sind, die sich der Reichweite der lokalen Politik entziehen. Städte und Gemeinden haben zudem nur einen begrenzten Einfluss auf die Entscheidungen und Festlegungen von Bundes- und Landespolitik und sind von Finanzaufweisungen heterogener Akteure (Bund, Länder, Europäische Union) abhängig. Die Kommunen haben aber andererseits bei der eigenverantwortlichen Regelung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft ebenso wie bei der Erledigung von Aufgaben, die ihnen von Bund und Ländern übertragen wurden, einen Spielraum, den sie in einzelnen Politikfeldern (zum Beispiel in der lokalen Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik) in unterschiedlicher Weise nutzen. Wie zahlreiche Beispiele zeigen, können Kommunen Ressourcen der Integration sowohl auf Seiten der Migranten als auch auf Seiten der gesellschaftlichen Integrationsbereiche erfolgreich mobilisieren (vgl. Bommers 2007: 104 f.).

Kommunale Integrationspolitik

Konkret setzt kommunale Integrationspolitik sehr unterschiedlich an und umfasst oft eine Vielzahl unterschiedlicher Handlungsfelder. Hierzu gehören Sprachförderung, Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration, Sozial- und Rechtsberatung, Gesundheitsförderung, Jugend- und Sozialarbeit, Wohnen und Stadtentwicklung, Mediation von Konflikten in der Nachbarschaft, Bekämpfung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, Kulturförderung und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Förderung der politischen Partizipation. Beträchtliche Anstrengungen unternehmen die Kommunen vor allem im Kindergarten-, Schul- und Freizeitbereich. Viele Gemeinden

fördern Vereine, die sich um einen interkulturellen Dialog bemühen, und unterstützen entsprechende Initiativen im Kulturbereich. Nicht erst seit es zu Konflikten um den Neubau von Moscheen gekommen ist, unterstützen Städte interreligiöse Dialoge. Die Kommunen bieten zudem nicht nur eigene Leistungen an, sondern unterstützen auch die Integrationsarbeit von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen.

Die Entwicklung der kommunalen Integrationspolitik wird vor allem durch lokale Faktoren wie Größe, Struktur, Ressourcen und Organisationen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie die politischen, institutionellen, ökonomischen und sozialen Bedingungen in den einzelnen Städten, Kreisen und Gemeinden geprägt. Allerdings sind nicht nur strukturelle Faktoren von Bedeutung, sondern auch der lokalpolitische Wille, wie die Ergebnisse eines bundesweiten integrationspolitischen Wettbewerbs gezeigt haben (Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern 2005). Die mangelnde Klarheit der migrations- und integrationspolitischen Rahmensetzungen des Bundes und der Länder im unerklärten Einwanderungsland Deutschland hat zudem seit Anfang der 1970er Jahre die Herausbildung verschiedener Pfade kommunaler Integrationspolitiken begünstigt (vgl. Bommers 2007: 108 f.).

Die Kommunen bemühen sich um die Integration von Zuwanderern nicht nur aus besserer Einsicht, sondern auch im wohlverstandenen Eigeninteresse. Während sich Defizite der Integration negativ auf die Höhe der Sozialleistungen, die „gefühlte“ Sicherheit, das Wohlbefinden und das friedliche Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern auswirken können, sind Integrationserfolge nicht nur Voraussetzung für eine optimale Erschließung der Potenziale und Ressourcen von Zuwanderern, sondern auch von zunehmender Bedeutung für eine erfolgreiche Entwicklung von Regionen. Globalisierung und demografischer Wandel verschärfen die Konkurrenz der Kommunen im Wettbewerb um Investitionen und Fachkräfte und erhöhen den Druck zu einer Neubestimmung der lokalen Bildungs- und Sozialpolitik.

45 Die Leistungen der kommunalen Integrationspolitik wurden von Bund und Ländern im Nationalen Integrationsplan ausdrücklich gewürdigt (vgl. Die Bundesregierung 2007: 19, 24 f.).

Die Zukunft von Kommunen hängt auch davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, die mit Migration verbundenen Chancen und Potenziale zu nutzen (günstiges Investitionsklima, attraktiver Wirtschaftsstandort, qualifizierte Arbeitskräfte) und die Kosten und Risiken einer mangelnden Integration von Zuwanderern zu reduzieren (Abhängigkeit von Transferleistungen, Entstehung und Verfestigung parallelgesellschaftlicher Strukturen, ethnisierte und religiös aufgeladene Konflikte, Kriminalität und Gewalt). Die besonderen Qualifikationen von Menschen mit Migrationshintergrund, die Qualität des Zusammenlebens von Einheimischen und Zuwanderern sowie Merkmale wie Offenheit, Toleranz und kulturelle Vielfalt werden vor diesem Hintergrund zunehmend als Schlüsselfaktoren für die Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit von Kommunen angesehen (vgl. Florida 2002; siehe auch Steinhardt/Stiller 2008).⁴⁶

Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte

Die strategische Steuerung von Migration und Integration wird zunehmend als ressortübergreifende Aufgabe im Rahmen einer langfristig ausgerichteten kommunalen Zukunftsplanung bewertet. Jenseits aller Unterschiede ist daher in den verschiedenen Ansätzen auf kommunaler Ebene die Erkenntnis zu finden, dass Integrationspolitik eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe ist, die eine interkulturelle Öffnung von Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen sowie eine Bündelung von Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzepts erfordert, das die lokale Zivilgesellschaft und auch die Migranten selbst und ihre Organisationen einbindet.

Inzwischen verfügt eine Mehrheit der deutschen Großstädte über Integrations- und Handlungskonzepte bzw. Leitbilder oder -linien zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern. Die Entwicklung ist aber nicht nur auf Großstädte beschränkt, sondern hat inzwischen auch kleinere Städte und Landkreise erfasst (vgl. Gesemann/Roth 2009b: 18 f.). Zu den übergeordneten Zielen einer lokalen Integrationspolitik zählen die umfassende Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am sozialen, kultu-

rellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie der Abbau von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Zuwanderer werden als ökonomischer und kultureller Gewinn für die Gesellschaft betrachtet, denen angesichts des demografischen Wandels eine besondere Bedeutung zukommt.

Die Integrationsprogramme der Kommunen richten sich vor allem an bleibeberechtigte Ausländer und Aussiedler, aber auch Asylsuchende und Flüchtlinge werden in einigen Fällen in die konzeptionellen Überlegungen mit einbezogen. Verlangt werden von den Zugewanderten in der Regel nicht Assimilation oder Aufgabe der kulturellen Identität, sondern ein aktives Bemühen um eine erfolgreiche Integration sowie die Akzeptanz der Rechts- und Werteordnung in Deutschland. Die folgenden Punkte finden sich in mehr oder weniger ähnlicher Form in vielen Konzepten und Leitlinien:

- Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist mit Chancen und Herausforderungen verbunden, die im Rahmen einer aktiven und nachhaltigen Integrationspolitik bearbeitet werden müssen.
- Integration ist ein langer, komplexer und vielschichtiger Prozess, der Anforderungen an die Zugewanderten und die aufnehmende Gesellschaft stellt.
- Integration ist nicht nur eine staatliche oder kommunale Aufgabe, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die eine Mitwirkung aller gesellschaftlichen Gruppen verlangt.
- Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder umfasst und die eine interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Einrichtungen erfordert.
- Integrationsförderung muss zielgerichtet erfolgen und sich an den konkreten Lebenslagen, den Bedürfnissen, Kompetenzen und Ressourcen der Migrantinnen und Migranten orientieren.
- Integrationsförderung sollte frühzeitig, systematisch und nachhaltig erfolgen. Im Mittelpunkt stehen der Ausbau der Sprachförderung, die Ver-

⁴⁶ Im Gegenzug gilt, dass Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt sich im internationalen Standortwettbewerb als besonders negativ auswirken, wie Bussmann und Werle (2004) am Beispiel der neuen Bundesländer gezeigt haben.

besserung der Bildungserfolge, die Integration in den Arbeitsmarkt, der Abbau von Diskriminierung und die Förderung der Selbstorganisation von Migranten.

- Integration erfordert eine umfassende und nachhaltige Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen.

Erfolgsbedingungen kommunaler Integrationspolitik

Der Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ hat zehn Erfolgsfaktoren einer kommunalen Integrationspolitik hervorgehoben. Diese Kriterien basieren vor allem auf den Erfahrungen jener Kommunen, die besonders große Fortschritte auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integrationspolitik gemacht haben (vgl. Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern 2005: 9 ff.). Sie stimmen zudem weitgehend überein mit den Handlungsempfehlungen für Kommunen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (vgl. KGSt 2005; Reichwein/Vogel 2004 a+b; Reichwein et al. 2007; Reichwein 2009) und den strategischen Dimensionen, die europäisch vergleichende Analysen lokaler Integrationspolitiken herausgearbeitet haben (vgl. Penninx 2009; Wood 2010).

Folgende Aspekte sind hierbei von zentraler Bedeutung (vgl. Gesemann/Roth 2009b: 23 f.):

Integrationspolitik ist als systematisches und strategisches Handlungsfeld zu entwickeln. Integrationspolitik ist heute mehr als die Addition einzelner Maßnahmen, sie verlangt lokal fortzuschreibende Gesamtkonzepte, die über Leitbilder, lokale Potenziale und Aufgaben, Handlungsansätze und Prioritäten Auskunft geben und dafür die entsprechenden Akteurskonstellationen schaffen (Foren, Netzwerke innerhalb und außerhalb der Verwaltung). Solche Konzepte sollen bereits das Ergebnis von kooperativen Diskussions- und Planungsprozessen sein, die ihre besondere Qualität und Legitimation durch das Ausmaß der Mitwirkung der lokalen Migrationsbevölkerung erhalten.

Zentral ist die Abkehr vom Defizitansatz. Migrantinnen und Migranten werden mit ihren spezifischen Potenzialen und Ressourcen als Gewinn und Chance für das Gemeinwesen betrachtet und auch so behandelt. Der erwartete Nutzen kann dabei in verschiedenen Dimensionen liegen: ökonomisch als sprachlich-interkulturelle Ressource in einer sich globalisierenden Ökonomie, demografisch als Kompensation bzw. Wachstumsmöglichkeit bei sinkender Reproduktionsrate der einheimischen Bevölkerung, kulturell als Zugewinn an kreativer Vielfalt. Diese potenzial- und ressourcenorientierte Sicht schließt Konflikte und Problemlagen nicht aus, wendet sich jedoch gegen überwiegend problem- und belastungsorientierte Sichtweisen auf Migration bzw. Migrantinnen und Migranten.

Einheimische und Zuwanderer begegnen sich „auf Augenhöhe“. Zuwanderer werden als Subjekte gesellschaftlicher und politischer Integration betrachtet. Ihre aktive Beteiligung und ihr bürgerschaftliches Engagement sind erwünscht und zu fördern. Integrationskonzepte und -strategien lassen sich folglich nur gemeinsam mit den Migrantinnen und Migranten entwickeln. Dies setzt Öffnungen und Offenheit in der Zuwanderungsgesellschaft voraus. Integration wird in dieser Perspektive zu einem Prozess mit offenem Ausgang, in dem sich beide, Migranten und Zuwanderungsgesellschaft, aufeinander zubewegen.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Integration ist nicht nur eine Sache von Ausländerbeauftragten oder Integrationsämtern, sondern findet in allen Lebensbereichen und Handlungsfeldern der Kommune statt – oder auch nicht. Entsprechend geht es darum, für Zugewanderte ein auf deren Bedürfnisse abgestimmtes Angebot kommunaler Dienstleistungen zu entwickeln, die kommunalen Dienste für alle Bevölkerungsgruppen zu öffnen sowie Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten abzubauen. Die interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung gilt dabei als wichtiges und zugleich besonders schwieriges Handlungsfeld – zumal in Zeiten knapper Kassen, die einen entsprechenden Zuwachs an kommunalen Mitarbeitern mit Migrationshintergrund und interkulturellen Kompetenzen nur begrenzt zulassen.

Integrationserfolge sollten überprüfbar sein und gemessen werden. Integrationspolitik soll mehr als ein symbolisches Unternehmen sein, sie will Wirkungen erzielen. In den kommunalen Handlungsfeldern, etwa der frühen Sprachförderung, gibt es eine Fülle von konkurrierenden Ansätzen, die nicht alle im gleichen Umfang erfolgreich sein dürften. Dies setzt solide Bestandsaufnahmen und Evaluationen voraus, die möglichst objektive Daten liefern, aber auch über subjektive Befindlichkeiten aufklären (Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, Stand der sozialen, kulturellen, politischen Integration etc.) – und dies sinnvollerweise durch ein dauerhaftes Monitoring mit einem differenzierten Indikatorensystem zur kulturellen, strukturellen, sozialen und identifikatorischen Integration.

Resümee und offene Forschungsfragen

Das Potenzial einer kommunalen Integrationspolitik und eines Integrationsmanagements „ist bislang empirisch und konzeptionell kaum zureichend erschlossen“ (Bommes 2007: 104). Das liegt unter anderem an der noch nicht systematisch aufgearbeiteten heterogenen Geschichte der sozialen Integration von Migranten in Städten und Gemeinden und der kommunalen Gestaltung dieses Prozesses sowie an den noch mangelnden empirischen Untersuchungen zu lokalen Bedingungen, Entwicklungspfaden und Ergebnissen einer kommunalen Integrationspolitik: „Es gibt nicht sehr viel systematisches Wissen darüber, wie sich dieses erfahrungsgestützte Handlungswissen lokal unterschiedlich herausgebildet hat, wie es organisatorisch ausgestaltet ist, wie seine Leistungsfähigkeit beschaffen ist, worin seine Chancen und Grenzen liegen und wie insbesondere im Blick auf zukünftige Versuche des Aufbaus eines kommunalen Integrationsmanagements daran angeschlossen werden kann“ (ebd.: 104 f.).

Das Versprechen, Integration zu einer Angelegenheit moderner Steuerung zu machen, hat dazu beigetragen, ein Politikfeld aufzuwerten und auszubauen, das lange Zeit ein Schattendasein geführt hat und

für das es kein erprobtes Handwerkszeug gab. Aber es gibt sehr wenig Wissen darüber, wie gut die Umsetzung von Integrationspolitik in der Alltagspraxis der Kommunen funktioniert, welche Elemente der Handlungsprogramme sich als erfolgreich erwiesen haben und inwiefern die erhofften Wirkungen beobachtet werden können. Es gibt auf jeden Fall gewichtige Gründe, den Steuerungsoptimismus der lokalen Integrationskonzepte einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Dies beginnt bei der Vorstellung dessen, was Integration eigentlich sein kann. Handelt es sich um einen widersprüchlichen, ungleichzeitigen, offenen, un abgeschlossenen Prozess oder um einen steuerbaren Prozess und messbaren Zustand? Nötigen nicht die notorischen Finanzprobleme, die fehlende Autonomie und wachsende Überregulierung dazu, Kommunen nur als eingeschränkt strategisch handlungsfähig zu betrachten?⁴⁷

Notwendig ist eine Bestandsaufnahme zur Entwicklung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte, die eine Zwischenbilanz zu den Chancen und Schwierigkeiten, Erfolgsbedingungen und Barrieren ermöglicht. Hierbei zeichnen sich eine Reihe von Themen und Fragestellungen ab, die an dieser Stelle nur angedeutet werden können.⁴⁸ Welche Bedeutung kommt lokalen Leitbildern zu? Fördern sie die Identifikation von Zugewanderten mit „ihrer“ Kommune oder liefern sie lediglich Stichworte für das Stadtmarketing? Welcher Gebrauch wird von Monitoringsystemen gemacht? Was sind Erfolgsbedingungen lokaler Integrationsnetzwerke? Inwieweit gelingt die Förderung von Partizipation und Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement? Wie tragfähig sind die integrationspolitischen Selbstverpflichtungen der Kommunen? Welche Fortschritte sind in dem bedeutsamen Handlungsfeld der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu verzeichnen? Inwieweit gelingt die Verknüpfung mit Politikfeldern, die von besonderer strategischer Bedeutung für die Integration von Zuwanderern sind? Wie steht es um die Verknüpfung kommunaler Integrationspolitiken mit stadtteilbezogenen Zielen, Programmen und Maßnahmen?

47 Siehe hierzu ausführlicher Roth (2010) und Gesemann/Roth (2010).

48 Siehe hierzu die ausführliche Darstellung in Roth (2010) sowie die Zusammenfassung in Gesemann/Roth (2010).

Die beschriebenen Studien zeichnen insgesamt ein differenziertes Bild zum Stand der Integration von Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Deutlich wird vor allem, wie Migrationsprozesse die deutsche Gesellschaft verändert haben und welche Potenziale, aber auch Herausforderungen mit dieser Entwicklung verbunden sind. Von Bedeutung erscheinen vor allem Ansätze, die die komplexen Lebenswelten, Selbstkonzepte und Handlungsstrategien von Migrantinnen und Migranten auf differenzierte Weise in den Blick nehmen und die Bedeutung von sich überlagernden Faktoren wie Ethnizität, Nationalität, Religion, Geschlecht oder Milieuzugehörigkeit für Integrationsprozesse sorgfältig herausarbeiten und empirisch absichern. Eine Bewertung von Integrationsprozessen muss zudem das vielschichtige Bedingungsgeflecht aus individuellen und familiären Merkmalen, Kontextfaktoren und institutionellen Faktoren sowie strukturellen Rahmenbedingungen stärker in den Blick nehmen.

Verstärkt werden sollten vor allem lokale Studien, die die Ausprägung von Lebenslagen und Milieus von Migranten, die Entwicklung muslimischer Gemeinschaften sowie die lokalen Diskurs- und Handlungsfelder zu den Themen Migration und Integration in vergleichender Perspektive in den Blick nehmen. Es gehört zu den Grunderkenntnissen vieler Studien, dass der lokale Raum für die Förderung von

Demokratie und Vielfalt, Integration und Toleranz, die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und die Partizipation von Migrantinnen und Migranten sowie die Bekämpfung demokratiegefährdender Ideologien und gruppenbezogener Vorurteile von besonderer Bedeutung ist. Hier finden die konkreten Begegnungen von Menschen statt, die sich in Bezug auf ihre Migrationsgeschichten, ethnischen Herkünfte, sozialen Milieuzugehörigkeiten, politischen Weltanschauungen und religiösen Orientierungen unterscheiden. Hier zeigen sich die Erfolge, aber auch die Defizite einer Integration von Zugewanderten.

Vor allem auf lokaler Ebene bietet sich die Möglichkeit, eine offene, pluralistische und demokratische Stadt- und Gemeindegkultur, aktive Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für alle Bürger und Bürgerinnen sowie eine integrierte Handlungsstrategie zur Förderung einer vielfältigen Kommune modellhaft zu schaffen. Die Kommunen könnten wesentliche Anstöße bieten für eine stärkere Verzahnung von Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik sowie die Entwicklung einer differenzierten Integrations- und Gesellschaftspolitik, die nicht nur die Bedarfe und Potenziale von Einheimischen und Zugewanderten, sondern auch den Reform- und Veränderungsbedarf zentraler Institutionen und gesellschaftlicher Strukturen als zentrale Zukunftsaufgabe ernst nimmt.

- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) 2009: Living Equality – Gleichwertigkeit leben. Interventionen gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Berlin
- Babka von Gostomski, Christian 2010: Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bade, Klaus J. 2007a: Leviten lesen: Migration und Integration in Deutschland. Abschiedsvorlesung 27. Juni 2007 mit Grußworten und ausgewähltem Schriftenverzeichnis. Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)
- Bade, Klaus J. 2007b: Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik. In: Klaus J. Bade/Hans-Georg Hiesserich (Hrsg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Göttingen: V&R unipress, S. 21–95
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2005: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Beck, Sebastian 2008: Lebenswelten von Migranten. Repräsentative Ergebnisse zur Studie Migranten-Milieus. In: Forum Wohneigentum, 6, S. 287–293
- Beck, Sebastian 2009: Migranten-Milieus – Ein Kompass für die Stadtgesellschaft. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.
- Beck, Sebastian/Perry, Thomas 2008: Studie Soziale Segregation. Nebeneinander und Miteinander in der Stadtgesellschaft. In: Forum Wohneigentum, 3, S. 115–122
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin
- Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2005): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung 2008: Religionsmonitor 2008: Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken. Gütersloh
- Bommes, Michael 2007: Kommunen und nachholende Integrationspolitik – Handlungsperspektiven und Handlungsspielräume. In: Klaus J. Bade/Hans-Georg Hiesserich (Hrsg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Göttingen: V&R unipress, S. 97–123
- Bommes, Michael 2008: „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Michael Bommes/Marianne Krüger-Potratz (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt am Main: Campus, S. 159-194
- Bommes, Michael 2009: Die Rolle der Kommunen in der bundesdeutschen Migrations- und Integrationspolitik. In: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 89-109
- Bommes, Michael 2010: Migration Research in Germany: The Emergence of a Generalised Research Field in a Reluctant Immigration Country. In: Dietrich Thränhardt/Michael Bommes (Hrsg.): National Paradigms of Migration Research. Osnabrück: V&R unipress, S. 127–185
- Boos-Nünning, Ursula/Karakaşoğlu, Yasemin 2004: Viele Welten leben. Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen mit griechischem, italienischem, jugoslawischem, türkischen und Aussiedlerhintergrund. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- Brettfeld, Katrin/Wetzels, Peter 2007: *Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen.* Hamburg/Berlin: Universität Hamburg/Bundesministerium des Innern
- Bukow, Wolf-Dietrich/Behrens, Melanie 2009: *Von der „Parallelgesellschaft“ zum „Index zur Messung von Integration“.* Opportunistische Wissenschaft. Düsseldorf: Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)
- Bundschuh, Stephan/Jagusch, Birgit/Mai, Hanna (Hrsg.) 2009: *Facebook, Fun und Ramadan. Lebenswelten muslimischer Jugendlicher.* Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e.V.
- Bussmann, Kai D./Werle, Markus (2004): *Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt: Standortnachteil Ost.* In: *Neue Kriminalpolitik* 16, 3, S. 96–99
- Chung, Carl 2009: *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Berlin. Reflexionen zu Erscheinungsformen, Hintergründen und Gegenstrategien aus der Mobilen Beratung für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration.* Berlin: unveröffentlichtes Manuskript, Fassung vom 19. November 2009
- Crisis Group 2007: *Islam and Identity in Germany.* Berlin/Brüssel: International Crisis Group
- Decker, Oliver/Weißmann, Marlies/Kiess, Johannes/Becker, Elmar 2010: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010.* Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
- Die Bundesregierung 2007: *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen.* Berlin
- Europäische Kommission 2009: *Diskriminierung in der EU im Jahr 2009. Befragung: Mai 2009 bis Juni 2009.* Eurobarometer Spezial 317. Brüssel
- Filsinger, Dieter 1992: *Ausländer im kommunalen Handlungskontext. Eine empirische Fallstudie zur Bearbeitung des „Ausländerproblems“.* Berlin: VWB – Verlag für Wissenschaft und Bildung
- Flaig, Berthold Bodo 2008: *Heidelberger Migrantenstudie 2009. Ergebnisse einer Umfrage zur Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund in Heidelberg, durchgeführt von Sinus Sociovision im Herbst 2008.* Heidelberg: Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Bürgeramt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik. Download: http://www.heidelberg.de/servlet/PB/show/1197674/12_pdf_HeidelbergerMigrantenstudie_2008.pdf [Zugriff: 12.10.2010]
- Florida, Richard 2002: *The Rise of the Creative Class. And How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life.* New York: Basic Books
- Foroutan, Naika/Schäfer, Isabel 2009: *Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5, S. 11–18
- FRA 2008: *Gemeinschaftlicher Zusammenhalt auf lokaler Ebene: den Belangen muslimischer Gemeinschaften gerecht werden. Beispiele für kommunale Initiativen.* Wien: European Union Agency for Fundamental Rights
- FRA 2009: *EU-MIDIS – European Union Minorities and Discrimination Survey. Data in Focus Report: Muslims.* Wien: European Union Agency for Fundamental Rights
- FRA 2010: *Experience of discrimination, social marginalisation and violence. A comparative study of Muslim and non-Muslim youth in three EU Member States.* Wien: European Union Agency for Fundamental Rights
- Frese, Hans-Ludwig 2002: *„Den Islam ausleben“.* Konzepte authentischer Lebensführung junger türkischer Muslime in der Diaspora. Bielefeld: Transcript
- Gallup Coexist Index 2009: *Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen.* Washington, D. C./London: Gallup/Coexist Foundation
- Gesemann, Frank (Hrsg.) 2001: *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Ergebnisse und politische Perspektiven.* Opladen: Leske + Budrich

- Gesemann, Frank 2006: Die Integration junger Muslime in Deutschland. Bildung und Ausbildung als Schlüsselbereiche sozialer Integration. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Politische Akademie, Referat Interkultureller Dialog. Download: <http://www.library.fes.de/pdf-files/akademie/berlin/04705.pdf>
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.) 2009a: Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2009b: Kommunale Integrationspolitik in Deutschland – Einleitende Bemerkungen. In: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–29
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2010: Kommunale Integrationspolitik in Deutschland: Erfolgsbedingungen und Herausforderung. In: Migration und Soziale Arbeit, 3–4, S. 185–193
- Gestring, Norbert et al. (Hrsg.) 2001: Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Opladen: Leske + Budrich
- Häußermann, Hartmut/Oswald, Ingrid (Hrsg.) 1997: Zuwanderung und Stadtentwicklung. Leviathan, Sonderheft 17. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Halm, Dirk 2008: Der Islam als Diskursfeld. Bilder des Islam in Deutschland. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Haug, Sonja/Müssig, Stephanie/Stichs, Anja 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2002a ff.: Deutsche Zustände. Folgen 1–8. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Heitmeyer, Wilhelm 2002b: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15–34
- Hradil, Stefan: 1987/2009: Lagen und Milieus: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. In: Heike Solga et al. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Originalveröffentlichung 1987. Frankfurt am Main: Campus, S. 281–311
- Hummel, Konrad 2006: Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Download: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01978.pdf>
- Huss, Elmar 2010: Migranten-Milieus. Ergebnisse der Studie, München im Kontext. In: Münchner Statistik, 1. Quartalsheft. München: Statistisches Amt der Landeshauptstadt München, 1–14. Download: http://www.mstatistik-muenchen.de/themen/bevoelkerung/berichte/berichte_2010/mb100101.pdf [Zugriff: 12.11.2010]
- IKG [Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik] 2009: Deutsche Zustände in Zeiten der Krise. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
- ISG/WZB [Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung] 2009: Erster Integrationsindikatorenbericht. Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Berlin: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Kalter, Frank (Hrsg.) 2008a: Migration und Integration. Sonderheft 48 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kalter, Frank 2008b: Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. In: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Sonderheft 48 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–36

- Karakaşoğlu-Aydin, Yasemin 2000: Muslimische Religiosität und Erziehungsvorstellungen. Eine empirische Untersuchung zu Orientierungen türkischer Lehramts- und Pädagogikstudentinnen in Deutschland. Frankfurt am Main
- Kelek, Neclá 2002: Islam im Alltag. Islamische Religiosität und ihre Bedeutung in der Lebenswelt von Schülerinnen und Schülern türkischer Herkunft. Münster: Waxmann
- Kermani, Navid 2009: Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- KGSt [Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement] 2005: Management kommunaler Integrationspolitik. Köln: Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
- Klausen, Jytte 2006: Europas muslimische Eliten. Wer sie sind und was sie wollen. Frankfurt am Main: Campus
- Kleff, Sanem/Seidel, Eberhard 2009: Diversity. Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Einwanderungsgesellschaft. Ausführungen zu einigen Aspekten des Handlungsansatzes von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Thesenpapier für die Sitzung des Berliner Beratungsnetzwerks am 6. Mai 2009. Berlin
- Klinkhammer, Grit 2000: Moderne Formen islamischer Lebensführung. Eine qualitativ-empirische Untersuchung zur Religiosität sunnitisch geprägter Türkinnen der zweiten Generation in Deutschland. Marburg: Diagonal-Verlag
- Klingholz, Rainer 2009: Spät, aber wichtig: Warum wir jetzt eine nüchterne Integrationsdebatte brauchen. In: Franziska Woellert (Hrsg.): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, S. 4–5
- Koopmans, Ruud 2010: Möglichkeiten, Risiken und Nebenwirkungen des Integrationsmonitoring. Impulsreferat, Nürnberger Tage für Integration, 18. Juni 2010. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Download: http://www.integration-in-deutschland.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Integration/Downloads/Veranstaltungen/20100617-ntfi/koopmans__wzb,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/koopmans_wzb.pdf [Zugriff 19.11.2010]
- Krings-Heckemeier, Marie-Therese et al. [empirica ag] 2008: Integration vor Ort. Der Nationale Integrationsplan – Zwischenbilanz. Berlin: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Krummacher, Michael/Waltz, Viktoria 1996: Einwanderer in der Kommune. Essen: Klartext
- Kunz, Thomas 2010: Von der (Multi)Kultur zur (Super-)Vielfalt – der Milieuansatz als Erfolgsrezept? In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 3, S. 141–147
- Nökel, Sigrid 2002: Die Töchter der Gastarbeiter und der Islam. Zur Soziologie alltagsweltlicher Anerkennungspolitiken. Eine Fallstudie. Bielefeld: transcript
- Öztürk, Halit 2007: Wege zur Integration. Lebenswelten muslimischer Jugendlicher in Deutschland. Bielefeld: transcript
- OSI [Open Society Institute] 2010: Muslims in Europe. A Report on 11 EU Cities. New York/London/Budapest: Open Society Institute
- Otte, Gunnar 2005/2009: Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft? Eine Auseinandersetzung mit aktuellen Bilanzierungsversuchen. In: Heike Solga et al. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Originalveröffentlichung 1987. Frankfurt am Main: Campus, S. 345–358
- Penninx, Rinus 2009: Vergleichende Studien zu Integrationspolitiken europäischer Städte, in: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 611–633
- Reichwein, Alfred 2009: Kommunales Integrationsmanagement – Ansätze für eine strategische Steuerung der Integrationsarbeit. In: Frank Gesemann/Roland Roth (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 297–307

- Reichwein, Alfred/Vogel, Stefanie 2004a: Integration in den Kommunen. Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration. Köln
- Reichwein, Alfred/Vogel, Stefanie (Hrsg.) 2004b: Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt). Düsseldorf: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Reichwein, Alfred/Möltgen, Katrin/Vogel, Stephanie 2007: Integration als Chance für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen. Potenziale nutzen – aus Erfahrungen lernen. Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
- Roth, Roland 2010: Kommunale Integrationskonzepte auf dem Prüfstand. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 3, S. 126–130
- Roth, Roland/Gesemann, Frank/Aumüller, Jutta 2010: Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration Download: http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/themen/rexpro/rex_abschlussbericht_25_04_2010_bf.pdf?download.html
- Sauer, Martina/Halm, Dirk 2009: Erfolge und Defizite der Integration türkeistämmiger Einwanderer. Entwicklung der Lebenssituation 1999 bis 2008. Hrsg.: Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schmals, Klaus M. (Hrsg.) 2001: Migration und Stadt. Entwicklungen, Defizite, Potenziale. Opladen: Leske + Budrich
- Schneiders, Thorsten Gerald 2010a: Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schneiders, Thorsten Gerald 2010b: Islamverherrlichung. Wenn die Kritik zum Tabu wird. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Seibold, Jürgen/Kühnel, Steffen 2003: Islamophobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 100–119
- Seibold, Jürgen/Kühnel, Steffen 2006: Islamophobie. Differenzierung tut not. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 135–155
- Seibold, Jürgen/Kühnel, Steffen 2008: Islamophobie oder Kritik am Islam? In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 95–115
- Seidel, Eberhard 2003: Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamophobie, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 261–279
- Sinus Sociovision 2008: Zentrale Ergebnisse der Sinus-Studie über Migranten-Milieus in Deutschland. Heidelberg. Download: http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Migranten_Milieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf
- Stadt Frankfurt am Main 2009: Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Dezernat für Integration
- Steinhardt, Max/Stiller, Silvia 2008: Bunt in die Zukunft. Kulturelle Vielfalt als Standortfaktor deutscher Metropolen. Hamburg: Hypovereinsbank
- Sutterlüty, Ferdinand 2010: In Sippenhaft. Negative Klassifikationen in ethnischen Konflikten. Frankfurt am Main: Campus
- Sutterlüty, Ferdinand/Neckel, Sighard/Walter, Ina 2008: Klassifikationen im Kampf um Abgrenzung und Zugehörigkeit. In: Sighard Neckel/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.): Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 27–89

- SVR [Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration]: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)
- Thielmann, Jörn 2008: Vielfältige muslimische Religiosität in Deutschland. Ein Gesamtüberblick zu den Ergebnissen der Studie der Bertelsmann Stiftung. In: Bertelsmann Stiftung 2008: Religionsmonitor 2008: Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken. Gütersloh, S. 13–21
- Thränhardt, Dietrich/Bommes, Michael (Hrsg.) 2010: National Paradigms of Migration Research. Osnabrück: V&R unipress
- Tietze, Nikola 2001: Islamische Identitäten. Formen muslimischer Religiosität junger Männer in Deutschland und Frankreich. Hamburg: Hamburger Edition
- Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hrsg.) 2005: Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt: Schader-Stiftung
- Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ 2007: Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“. Darmstadt: Schader-Stiftung
- Wensierski, Hans-Jürgen von/Lübcke, Claudia (Hrsg.) 2007: Junge Muslime in Deutschland. Lebenslagen, Aufwuchsprozesse und Jugendkulturen. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich
- Wimmer, Andreas 2008: Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense, in: Frank Kalter (Hrsg.): Migration und Integration. Sonderheft 48 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 57–80
- Wippermann, Carsten/Flaig, Berthold Bodo 2009: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5, S. 3–10
- Wood, Phil (2010): Intercultural cities. Towards a Model for Intercultural Integration. Straßburg: Council of Europe
- Worbs, Susanne/Heckmann, Friedrich 2003: Islam in Deutschland. Aufarbeitung des gegenwärtigen Forschungsstandes und Auswertung eines Datensatzes zur zweiten Migrantengeneration. In: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Islamismus. Berlin, S. 153–253
- Zick, Andreas/Küpper, Beate 2007: Nachlassende Integrationsbereitschaft in der Mehrheitsbevölkerung. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main, S. 150–168

ISBN 978-3-86872-599-5